

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Agrarpolitik bäuerlich gestaltet



Foto: Weißenberg

Agrarpolitik

Tausende Menschen demonstrieren für eine soziale und ökologische Agrarreform. Nie waren die politischen Forderungen der Bauern und Bäuerinnen so sehr Gegenstand gesellschaftlicher Debatten wie heute. Rückschau und Ausblick auf den **Seiten 3, 11 - 14**

Bewegung

Die Milchbauern fahren mit Traktoren nach Brüssel, in Ostdeutschland steht die BVVG mehr denn je in der Kritik und kritische Pastoren bekommen Unterstützung von Bauern und Bäuerinnen. Viel in Bewegung auf den **Seiten 3, 6, 7 und 17.**

Tierhaltung

Tierschutz ist in aller Munde und das sind auch die Bioeier eines eigentlich konventionellen Agrarindustriellen, während die Neuland-Schweine einer Bauernfamilie noch Mund-zu-Mund Propaganda gebrauchen könnten, auf den **Seiten 10 und 16**

Die Seite 3

Bäuerliche Landwirtschaft systematisch schwer gemacht . . . 3

Agrarpolitik

Weniger Geld und weniger Kriterien 4

Je größer, desto abhängiger? 4

Markt

Regional besser als Bio? 5

Bewegung

Bauern auf der Milchstraße 6

Straathof endlich stilllegen! 6

Bodenfruchtbarkeit im Blick! 8

Denunziationsaufforderung 17

Der bäuerliche Weg als weltweites Netz 18

Milch

Milch in Goldenen Zeiten 7

Tierhaltung

Artgerechte Tierhaltung keine Zauberei 10

Bio-Eier sind Tiemanns Eier 16

Schwerpunkt

Trecker rocken Hannovers Oper 11

Welweit wertvolle Bündnisarbeit 11

Bäuerliche Landwirtschaft gestalten, nicht verwalten. . . . 12

Kritik von Innen 14

Nachbau

„Wider den gläsernen Landwirt“ 15

Den Saatgutmarkt entscheiden lassen 15

Weitere Themen

Eine Weihnachtsgeschichte, Seite 9; Landleben, Seite 19; Lesen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

N

och vollkommen beeindruckt von der Demonstration am 10. November in Niedersachsens Hauptstadt Hannover, kann mit Recht behauptet werden: Agrarpolitik ist in der Gesellschaft angekommen. Ein breites Bündnis aus 50 Landwirtschafts-, Umwelt-, Imker-, Tierschutz-, Verbraucher-, Eine-Welt-Organisationen und Bürgerinitiativen hatte zu dieser Demonstration aufgerufen. Unter dem Motto: „Bürger und Bauern gemeinsam für eine neue, faire Agrarpolitik in Niedersachsen“ demonstrierten mehr als 2.000 Teilnehmer in der Landeshauptstadt. Sie forderten „agrarpolitische Rahmenbedingungen, die eine qualitativ hochwertige Lebensmittelerzeugung, tiergerecht, gentechnikfrei, klima- und umweltverträglich und solidarisch mit den Kleinbauern in der Welt zu fairen Preisen ermöglicht“.

War es vor Jahren für viele Bauern und Bäuerinnen noch undenkbar, in einem solchen Bündnis als gleichberechtigte Partner zu agieren, merken wir zunehmend, dass dies der einzige Weg ist, eine bäuerliche Landwirtschaft, eine gesellschaftlich anerkannte und gewünschte Landwirtschaft zu erhalten. Landwirtschaft muss nachhaltig und tiergerecht produzieren, und nur, wenn sie den Anforderungen, die die Gesellschaft an sie stellt,



Kommentar

Agrarpolitik in die Gesellschaft

gerecht wird, wird es gelingen, im Bündnis mit den gesellschaftlichen Kräften, faire und kostendeckende Preise zu erzielen.

Die Milchbauern erlebten eine große Solidarität während des Milchliefersstopps. Auf unzähligen

Veranstaltungen wurden unsere Forderungen nach einem kostendeckenden, fairen Milchpreis von 40 Cent positiv aufgenommen. Viele Verbraucher fragten uns: „Was können wir tun, um eure Forderungen zu unterstützen?“. Das Milchbäuerinnen-Camp in Berlin verstärkte diese Erfahrung noch und motivierte uns auch, diesen Weg weiter zu gehen. Je mehr wir uns mit anderen Organisationen austauschten und feststellten, dass es durchaus gemeinsame Interessen gibt, je schärfer wurde der Gegenwind jener, die mit unseren Produkten Geld verdienen und uns weiterhin in der Rolle der willigen Rohstofflieferanten belassen wollen. Heute stehen wir mitten in den GAP-Verhandlungen. In den Verordnungsentwürfen der Kommission finden sich schon lange geforderte, aber noch ausbaufähige Ansätze für ein Umsteuern der europäischen Agrarpolitik. So sollen unter anderem die Direktzahlungen an ökologische Standards gebunden werden und auch eine Deckelung der Zahlungen ist in der Diskussion.

Dass die momentanen Entwürfe bei weitem nicht ausreichen, ist uns klar. Aber sie sind ein Anfang. Sie sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber es müssen weitere Schritte getan werden. Diese GAP-Verhandlungen müssen dazu dienen, der gesellschaftlich geforderten Form der Landwirtschaft Rahmenbedingungen zu verschaffen, um aktiv am Markt teilzunehmen und ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Die bäuerlichen Betriebe müssen gestärkt werden, denn nur so kann verhindert werden, dass das Kapital in die Höfe einsteigt und die Industrialisierung fortschreitet. Die Verhandlungen müssen zur Folge haben, dass der ländliche Raum in seiner Vielfalt erhalten bleibt und wir unseren Kindern und unseren Höfen eine Zukunft bieten können.

Es hat Mühe gekostet, Agrarpolitik und die Anliegen der Bauern und Bäuerinnen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dass Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebenszusammenhängen nun für eine bäuerliche Landwirtschaft auf die Straße gehen, ist etwas, auf das wir als Bewegung stolz sein können. Gleichzeitig darf es uns nicht dazu verführen, nun zu glauben, es wäre alle Arbeit getan. Wir Bauern und Bäuerinnen müssen uns weiterhin einmischen, wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir unserer Aufgabe gerecht werden können, nämlich die Menschen mit qualitativ hochwertigen, umweltschonend produzierten und am Tierwohl orientierten Lebensmitteln zu versorgen.

Wir müssen uns desweiteren zusammen mit unseren Bündnispartnern dafür einsetzen, dass sich alle Menschen faire Produkte zu fairen Preisen leisten können. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass unsere Lebensmittelproduktion auf Kosten der Menschen des Südens stattfindet. Viele Bauern und Bürger sind im Bündnis angekommen, nutzen wir die Chance. Der Druck zur Änderung bestehender Strukturen muss von der Straße kommen!

Auf nach Brüssel!

Auf nach Berlin!

Johanna Böse-Hartje, AbL-Bundesvorstand

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Bäuerliche Landwirtschaft systematisch schwer gemacht

Die Bilanz der BVVG und die agrarstrukturellen Folgen in Ostdeutschland

Erstmals ist die Bundesregierung aufgrund der ausführlichen und präzisen Fragen von Bundestagsabgeordneten tatsächlich gezwungen worden, über wesentliche Aspekte der BVVG-Arbeit Auskunft zu geben. Die herausgegebenen Daten belegen unzweideutig die Absicht der Bodenpolitik, insbesondere mit den BVVG-Flächen, die Wiedergründung und Neugründung bäuerlicher Betriebe nach 1990 in Ostdeutschland so weit wie möglich zu verhindern. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Grüne hat Ende 2011 und im August 2012 zwei detaillierte und umfangreiche Anfragen an die Bundesregierung zur Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) eingebracht. Diese Anfragen wurden durch die Bundesregierung von Staatssekretär Steffen Kampeter (CDU) aus dem Bundesfinanzministerium mit öffentlich verfügbaren Schreiben (Bundestagsdrucksache 2012/85174 sowie 2012/ 846085) beantwortet.

Verpachtung an Große

Mit der Stellungnahme der Bundesregierung werden zum ersten Mal Daten zur Pachtflächenverteilung auf unterschiedliche Betriebsgrößen in Ostdeutschland mitgeteilt (Tab. 1). Die landwirtschaftlichen Betriebe über 500 ha haben zum 01.01.2010 fast 75 Prozent der BVVG-Pachtflächen gepachtet, obwohl die Betriebe dieser Größe anteilig weniger als 15 bis 20 Prozent der ostdeutschen Betriebe ausmachen. Auch in Ostdeutschland ist jedenfalls bis jetzt der überwiegende Anteil der Betriebe unter 100 ha groß. Diese haben zum Stichtag nur rund 2 Prozent der BVVG-Flächen gepachtet.

unter 100 ha	100 -250 ha	250 - 500 ha	500 - 1.000 ha	über 1.000
5.770 (528)	20.807 (1.062)	35.541 (3.047)	71.038 (7.456)	154.873 (19.489)

Tabelle 1: Verpachtung der BVVG- Flächen auf Betriebsgrößenklassen, Stichtag 1.1. 2010, in Klammern: davon bis zum 30.9. 2011 von der BVVG direkt gekauft

Weiterhin gibt Tabelle 1 Auskunft darüber, in welchem Umfang die Pächter direkt Flächen von der BVVG im Zeitraum vom 01.01.2010 bis 30.09.2011 erworben haben. Betriebe bis zu 250 ha Flächengröße haben in dem Zeitraum von ihren schon geringen BVVG-Pachtflächen rund 6 Prozent direkt erworben, Betriebe mit mehr als 1.000 ha dagegen mehr als 12 Prozent. Haben also die kleineren Betriebe kein Interesse am Erwerb der von ihnen gepachteten Flächen gezeigt? Landwirtschaftliche Betriebe konnten von Anfang an nur BVVG-Flächen erwerben, für die

diese langfristige Pachtverträge mit der BVVG abgeschlossen hatten und wenn der Eigentumsanteil bei den bewirtschafteten Flächen unter 50 Prozent lag. Diese Regelung führte, da sie von der Größe des Betriebs unabhängig war, zu folgenden absurden Ergebnissen:

Beispiele

Ein Betrieb mit 45 ha Gesamtwirtschaftsfläche, davon 25 ha Eigentum und angenommenen 20 ha BVVG-Pachtflächen, durfte aufgrund des Eigenanteils von über 50 Prozent von Anfang an keinen einzigen Hektar von der BVVG erwerben, obwohl die langfristige Sicherung der BVVG-Flächen für diesen Betrieb zentral für dessen Sicherung war.

Zweites Beispiel: Ein Betrieb dagegen mit 2.000 ha Wirtschaftsfläche und 1.500 ha BVVG-Pachtfläche konnte bisher von der BVVG zu größtenteils stark subventionierten Preisen 450 ha erwerben, das Neunfache der durchschnittlichen Betriebsgröße in Nordrhein-Westfalen.

Diese 50-Prozent-Regelung hat von Anfang an bäuerliche Betriebe benachteiligt und bei Großbetrieben zu absurd hohen Subventionen bei Pacht und Kauf von BVVG-Flächen geführt.

Die Benachteiligung bäuerlicher Betriebe wurde durch die neuen Bund-Länder-Vereinbarungen zur BVVG nochmals verschärft. Auch dies geht aus der Antwort der Bundesregierung hervor. Wurde bisher für die Kaufberechtigung für BVVG-Flächen allein der Eigenanteil des Betriebsleiters angerechnet, so werden ab 2010 auch die Eigentumsflächen der engen Familien-

angehörigen bei den landwirtschaftlichen Familienbetrieben hinzugerechnet. Diese Regelung gilt nicht für juristische Personen oder GbRs.

Weitere Diskriminierung

Eine weitere Regelung ab 2010 diskriminiert die kleineren Betriebe zusätzlich. Wenn der Eigenanteil an der bewirtschafteten Fläche über 50 Prozent liegt, so werden die Pachtverträge für die BVVG-Flächen gekündigt. Im Beispielbetrieb mit 45 ha und 20 ha BVVG-Flächen werden die 20 ha BVVG-Pachtfläche gekündigt und da-

mit dessen Existenz in Frage gestellt. Und genau dies ist die Zielrichtung der Bund-Länder-Vereinbarung von 2010. Die wenigen BVVG-Pachtflächen der Betriebe bis 250 ha werden diesen durch Kündigung weitgehend entzogen und gegebenenfalls ausgeschrieben. Das führt zur Umverteilung auf die großen Betriebe oder zum Kauf durch ortsfremde Investoren. An dieser Regelung lässt sich auch zeigen, dass der Verkauf der landwirtschaftlichen Flächen in Ostdeutschland an ortsfremde Investoren kein ungewollter Nebeneffekt, sondern das Ziel der ostdeutschen Agrarpolitik ist. Alle Bundesregierungen ab 1998, also rot-grün, rot-schwarz und schwarz-gelb, haben jeweils im Regierungsprogramm im Bereich Agrarpolitik sinngemäß formuliert, dass kein Betrieb wegen seiner

eine Rolle spielt. Umfangreiche Debatten gab es über den verbilligten Verkauf an die Alteigentümerfamilien und den Verkauf nach beschränkter Ausschreibung, die zusammen bisher weniger als 4 Prozent der landwirtschaftlichen BVVG-Verkäufe ausmachen (Tab. 2). Bezüglich des begrenzten Verkaufs an die Alteigentümerfamilien von 15 bis 50 ha je Familie gab es in den ostdeutschen Medien sogar eine von SPD und Linken groß angelegte Kampagne unter dem Titel „Die Rückkehr der Junker“. Die tatsächlichen neuen Junker sind aber die durch die Bodenpolitik im Osten hoch subventionierten Großbetriebe mit ursprünglich 500, 1.000 oder mehr Fläche von der BVVG, deren Gesamtbetriebsfläche mittlerweile in einigen Fällen über 10.000 ha liegt. Wenn es in der ostdeutschen Bo-

nach ELAG		nach Verkehrswert		
an Pächter	an Alteigentümer	an Pächter	nach allgem. Ausschreibung	nach Beschränkter Ausschreibung
371.051	20.436	262.384	44.455	5.519

Tabelle 2: Verkäufe landwirtschaftlicher Flächen durch die BVVG verbilligt (nach ELAG) und nach „Verkehrswert“ (in ha), von 1992 bis einschließlich 2011

Größe oder Rechtsform benachteiligt werden dürfe. Bäuerliche Familienbetriebe werden durch die ostdeutsche Bodenpolitik vorsätzlich und in immer noch steigendem Maße benachteiligt. Dies dokumentiert die Verpachtung der BVVG- Flächen (Tab. 1). Gleichzeitig entkräftet es das gern verwendete Argument, die Verteilung der BVVG-Flächen ließe sich darauf zurückführen, dass zu wenig Bauern nach der Wende wieder die Bewirtschaftung aufgenommen hätten.

Verkauf an Pächter

In ihrer Antwort hat die Bundesregierung auch die Frage beantwortet, in welchem Umfang und an wen die BVVG von 1992 bis 2011 Flächen verkauft hat (Tab. 2). Der Verkauf der BVVG-Flächen erfolgte in den letzten zwanzig Jahren zu rund 90 Prozent an die Pächter (Tab. 2). Die Pächter sind bis heute aber vor allem die Betriebe über 500 ha (Tab. 1). Kleinere Betriebe haben nur wenig BVVG-Fläche gepachtet und konnten aufgrund der 50-Prozent-Eigentumsregelung nur in Ausnahmefällen BVVG-Flächen erwerben. Die Legitimation und der Umfang des so bedeutsamen Kaufs durch die Pächter war zu keinem Zeitpunkt Gegenstand einer angemessenen öffentlichen Debatte. Stattdessen wird – wenn es um die BVVG geht – in der Öffentlichkeit nur über das gesprochen, was kaum

denpolitik tatsächlich um die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft gegangen wäre, dann wäre der Anteil des über beschränkte Ausschreibungen verkauften Bodens der dominierende Posten, weil hier die Verkäufe an Biobetriebe, Gartenbaubetriebe, viehhaltende Betriebe und andere mit besonderer Wertschöpfung zusammengefasst sind. Tatsächlich aber macht dieser Verkauf noch nicht einmal 1 Prozent der Privatisierungsfläche aus (Tab. 2). Die Lehrstuhlinhaber für Agrarpolitik an den Universitäten hätten schon vor 15 Jahren darauf hinweisen müssen, dass der Zugang zu den landwirtschaftlichen Flächen des mit Abstand größten Verpächters in Deutschland, der gleichzeitig im Eigentum des Bundes ist, also der BVVG, für alle landwirtschaftlichen Betriebe ähnlich möglich sein muss. Stattdessen fällt auf, wie gering das wissenschaftliche Interesse für diesen die ländlichen Regionen Ostdeutschlands prägenden Sachverhalt ist. Unter solchen Bedingungen des Schweigens ist es für die ostdeutschen agrarpolitischen Akteure möglich, nochmals nahezu geräuschlos die Rahmenbedingungen für die BVVG-Pachten und Verkäufe so zu verändern, dass die bäuerlichen Betriebe die wenigen BVVG-Flächen auch noch verlieren.

Jörg Gerke,
AbL-Bauer und Buchautor

Weniger Geld und weniger Kriterien

Verhandlungen über EU-Finanzrahmen auch ein Druckmittel für Agrarpolitik

AFP auf neuen Wegen?

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) möchte die Regelförderung für Stallbauten abschaffen und die Zuschüsse nur noch für besonders tiergerechte Haltungformen gewähren. Ansonsten sollen Bürgschaften angeboten werden. Aus den Bundesländern gibt es in den Verhandlungen Widerstand gegen diese Pläne. Statt dessen werden Kompromisse vorbereitet, die auf eine Zusatzprämie für besondere Anforderungen im Bereich des Tierwohls hinauslaufen. Aus Niedersachsen kommt scharfe Kritik vom Bioland Landesverband Niedersachsen gegen die Blockadehaltung der Landesregierung: Einerseits werde ein Tierschutzplan ausgearbeitet und öffentlichkeitswirksam präsentiert und andererseits werden konkrete, wirkungsvolle Maßnahmen zur gezielten Förderung verwässert. Der Deutsche Bauernverband ist strikt gegen eine Einschränkung der Förderung. Er verweist dabei u.a. auf eine fehlende Definition für förderfähige Tierhaltungsverfahren. Allerdings gibt es schon seit 2006 den „Nationalen Bewertungsrahmen Tierhaltungsverfahren“ der KTBL, dessen Kriterien zur Bewertung der Tiergerechtigkeit und Umweltverträglichkeit von 50 Fachleuten der Tierhaltung ausgearbeitet wurden. Aus dem Wissenschaftsbereich ernten die Pläne des BMELV Lob: Das Thünen-Institut für Betriebswirtschaft spricht sich für die Bindung der AFP Mittel an einen gesellschaftlichen Nutzen wie das Tierwohl aus, da eine Förderung von an sich rentablen Investitionen ineffizient sei. *cw*

Möglichst wenig zahlen wollen die Mitgliedsländer der EU, um ihre gemeinsamen Finanztöpfe zu füllen. Und sie wollen sich auch möglichst wenig vorschreiben lassen, an welche Kriterien das Geld gebunden wird, das anschließend wieder zurückfließt. Für den Agrarhaushalt zeichnen sich Kürzungen ab, die vor allem auf Kosten der im Zuge der Agrarreform vorgesehenen sozialen und ökologischen Anpassungen gehen. „Das sind auch taktische Gründe: Kürzungen in diesem Sektor spielen Mitgliedsländern wie der Bundesregierung, die gegen das vorgeschlagene verpflichtende Greening und Obergrenzen für Direktzahlungen sind, Argumente zu“, so Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL.

Sparpläne

Die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) für die Jahre 2014 bis 2020 befinden sich in der heißen Phase: Wie viel Geld wird zur Verfügung stehen, wie wird es verteilt und inwieweit werden inhaltliche Vorentscheidungen getroffen? Im Raum stehen anscheinend im Rat der EU mehrheitsfähige Kürzungen von insgesamt 50 bis 75 Mrd. Euro gegenüber dem Kommissionsvorschlag. Im Agrarhaushalt soll die EU-weite durchschnittliche Höhe der Direkt-

zahlungen zwischen den Ländern angeglichen und insgesamt reduziert werden; konkrete Zahlen verschwanden jedoch innerhalb weniger Wochen wieder vom Tisch. Für die Ausstattung der 2. Säule zur Ländlichen Entwicklung sinken die vorgeschlagenen Beträge. Innerhalb der MFR-Verhandlungen können außerdem schwerwiegende inhaltliche Vorentscheidungen getroffen werden: Ob die Direktzahlungen für Großbetriebe gekappt werden, würde

den Mitgliedsländern nach letztem Stand freigestellt. Und auch für den Greeninganteil von 30 Prozent soll den Einzelstaaten eine Wahlmöglichkeit bei den Maßnahmen eingeräumt werden.

Einfluss auf die GAP

Die EU-Kommission sowie das EU-Parlament, das dem Ratsbeschluss zustimmen muss, lehnen die Kürzungen jedoch generell ab und verweisen auf umfangreiche Aufgaben durch gemeinsam beschlossene Ziele. Die diversen Uneinigheiten deuten auf eine Verzögerung des neuen MFR hin. Wenn vor Ablauf der bisherigen Finanzperiode kein Beschluss fällt, ist EU-rechtlich vorgesehen, bis zu einer Einigung zunächst den Haushaltsrahmen des Jahres 2013 zu übernehmen. Insofern dient dieses Budget als Orientierungspunkt für die Verhandlungen des neuen MFR, der in der Regel nicht weit davon abweicht. Die Unsicherheiten sorgen allerdings für Verzögerungen bei parallelen Verhandlungen wie der Agrarreform, da die Mittelausstattung entscheidend ist für die Planung der genauen Ausgestaltung. Somit können die Mitgliedsländer die MFR-Debatten gleichzeitig als Hebel nutzen, um Druck auf die Reform der GAP und die für Einige unliebsamen Vorstellungen des Agrarkommissars auszuüben. *cw*



Es geht um: Schotter, Zaster, Knete, Kies und Cash.

Foto: Sturm/pixelio

Je größer, desto abhängiger?

Große Ackerbaubetriebe bekommen durch EU-Fördergeld süchtig machende Wettbewerbsvorteile

Mehr als 80 Prozent der Gewinne pro Hektar machen die Direktzahlungen durchschnittlich für sachsen-anhaltische Ackerbaubetriebe aus, die bundesweit optimale Bedingungen vorzuweisen haben. Diese bemerkenswerte Zahl führte der Landwirtschaftsminister dieses Bundeslands, Hermann Onko Aeikens, während einer parlamentarischen Anhörung zur EU-Agrarreform ins Feld, um die Beibehaltung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen zu rechtfertigen. Die Information stammt aus den Buchführungsergebnissen Landwirtschaft des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Zusammengefasst steht darin deutlich zu lesen: je größer die Betriebe, umso höher die Zu-

schüsse und deren Anteil an Gewinn und Einkommen.

Wer viel hat, bekommt viel

In allen ostdeutschen Bundesländern (außer Sachsen) mit ihren durchschnittlich hohen Betriebsflächen liegt der Anteil aller Zuschüsse am rechnerischen Einkommen von Haupterwerbsbetrieben überall bei über 80 Prozent. Auch bei den besonders flächenstarken Betrieben juristischer Personen in den Neuen Ländern liegt dieser Anteil mit 67 Prozent sehr hoch. „Grundsätzlich sind die Direktzahlungen durch die weltmarktorientierte Ausrichtung der EU-Politik zur Zeit ein politisch herbeigeführtes Einkommensstandbein“, sagt Onno Poppinga, emeritierter Professor für regionale Agrar-

politik. Was er kritisiert, ist die Fehlentwicklung durch den Anreiz für flächenstarke, rationalisierte Ackerbaubetriebe, sich an das linear ausgerichtete System immer weiter anzupassen. Unbeachtet ihrer hohen Gewinne bei geringem Arbeitsaufwand erhalten solche Betriebe zusätzlich die höchsten Zuschüsse. Der sozusagen politisch übernommene Anteil an den betrieblichen Leistungen, der niedrige Produktpreise ermöglicht, ist viel höher als bei anderen Betriebsformen und -größen. Dies stellt eine erhebliche Wettbewerbsverzerrung dar. Die als Rechtfertigung für die Betriebsprämien gedachten Zahlen taugen demnach viel eher dazu, den Blick auf Ungleichgewichte zu lenken und Zahlungen ihrem Sinn entsprechend zu begrenzen. *cw*

Regional besser als Bio?

Immer neue Kriterien sollen den Mehrwert von Lebensmitteln verdeutlichen

Regionalität war in diesem Zusammenhang in der Vergangenheit vornehmlich den Beschickern von Bauernmärkten, den Betreibern von Hofläden und dem Engagement einzelner Lebensmittelgeschäfte vorbehalten. Eine neue Initiative des Bundeslandwirtschaftsministeriums soll nun Regionalität einer größeren Gruppe von Produzenten, aber vor allem von Verarbeitern zugänglich machen. Der Name der Initiative des BMELV lautet Regionalfenster. Erste Inhalte gibt es auch schon. Eine Arbeitsgruppe aus Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) und der MGH GUTES AUS HESSEN GmbH hat mittels eines Gutachtens die Kriterien für ein Regionalsiegel erarbeitet. Ziel war es, den Begriff der Regionalität als Verkaufsargument für den Verbraucher transparenter darzustellen.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass bei Produkten, die keiner weiteren Verarbeitung unterliegen, z.B. frisches Gemüse und Obst, eine transparente Kennzeichnung relativ problemlos möglich ist, wenn zuvor die Herkunftsregion klar definiert wurde. Deutlich schwieriger wird die regionale Zuordnung bei verarbeiteten Produkten. Welche Bestandteile müssen aus der Region kommen? Bei Joghurt die Milch. Bei Fruchtojoghurt eigentlich auch die Früchte, der Zucker und die weiteren Zutaten. Schnell wird deutlich, dass für verarbeitete Produkte eine alle Bestandteile umfassende Zertifizierung nur in Ausnahmefällen erreicht werden wird. Der Vorschlag der Gutachter konzentriert sich deshalb auf die Hauptbestandteile. „Die erste Hauptzutat muss zu 100 Prozent aus dieser definierten Region stammen. Beträgt die erste Hauptzutat weniger als 50 Prozent des Produktgesamtgewichts, so müssen auch die weiteren Zutaten jeweils zu 100 Prozent aus der definierten Region stammen, bis mindestens 51 Prozent des Gesamtgewichts erreicht sind“, so die Gutachter. Beim Fruchtojoghurt würde es also genügen, wenn die Milch aus der definierten Region stammt. Zusätzlich muss die Verarbeitung in der Region stattfinden.

Eifel oder Deutschland

Doch wer oder was macht Region aus? Was ist Region? Die Gutachter haben eine Lösung. Kleiner als die Nation, sprich Deutschland, aber größer als eine Kommune. Deutschland ohne Rügen ist demnach regional. Viele kleinere Initiativen, die einen nur wenige Kommunen oder einen definierten Naturraum, z.B. Biosphärenreservat Rhön, als Regionalbegriff gewählt haben, muss dies irritieren. Wo bleibt das, auch von den Gutachtern angestrebte Ziel, den Regionalitätsbegriff transparenter zu definieren? Offensichtlich

wird er zu Gunsten einer möglichst großen und dauerhaften Verfügbarkeit von Rohstoffen wenn nicht geopfert, dann doch zumindest durch eine große Beliebigkeit verwässert. Wer in Zukunft versucht, regionale Produkte über ein kleines aufgedrucktes Fähnchen, Siegel oder Logo im Supermarkt zu entdecken, der wird nicht fündig werden. Die Angaben werden nur im Deklarationsfeld, im Sichtfeld der Zutatenliste nachzulesen sein. Eine grafische Darstellung unterbleibt komplett.

Keine Werbung, kein Nutzen

Der Verbraucher muss also das Kleingedruckte lesen, wenn er über Regionalität informiert werden will. Das scheint wenig transparent. Ob das Regionalfenster unter diesen Rahmenbedingungen viel Zuspruch erfahren wird, bleibt ungewiss. Vielleicht soll es das aber auch gar nicht. Ganz maßgeblich mitbestimmt wurden die aktuellen Kriterien von den führenden Ökoverbänden und dem FiBL. Um die Kontrollkosten niedrig zu halten, sollen die Systeme der Ökokontrolle oder der Zertifizierungsverfahren der Länderzeichen von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen anerkannt werden. Bio wäre damit schnell und ohne nennenswerte Mehrkosten auf regional zu trimmen. Neue Konkurrenz, aber vor allem die vielen Regionalinitiativen bleiben aufgrund der schlechten Darstellung ohne Logo oder Siegel faktisch außen vor. Die Ansätze der vielen Regionalinitiativen, die sich im Bundesverband der Regionalbewegung organisiert haben, finden keine Berücksichtigung. Ihr Schwerpunkt liegt auf naturräumlichen, geographischen Einheiten, gegebenenfalls auch auf einer Entfernungsbegrenzung im Bereich von bis zu 200 km. Ihr Motto „Aus der Region für die Region“ soll Wertschöpfung bringen, Kreisläufe erzeugen und kulturelle Verbindungen schaffen.

Das jetzt geplante Regionalfenster bleibt weit hinter diesen Ansprüchen zurück. Es ist geprägt von der Suche großer Vermarkter nach einem neuen Verkaufsargument. *mn*



Durchsichtig aber nutzlos.

Moser/pixelio

Kurzes am Rande

Neue Maßstäbe für die BVVG?

Die Bundestagsfraktion von Bündnis90/die Grünen hat Änderungsvorschläge für die Privatisierungsgrundsätze der verbliebenen BVVG-Flächen vorgelegt. „Leitlinie für uns Bündnisgrüne ist das Ziel einer breiten Eigentumsstreuung bei den landwirtschaftlichen Nutzflächen“, erklärte die Sprecherin für Ländliche Entwicklung der Fraktion, Cornelia Behm. Die Einführung von Flächenobergrenzen und die Bevorzugung arbeitsintensiver Betriebe soll verhindern, dass zunehmend außerlandwirtschaftliche Investoren im Osten Deutschlands Land kaufen. Diese Problematik wird sogar von BVVG-Geschäftsführer Wilhelm Müller bestätigt. Aus seiner Sicht berge die mit der Übernahme von Betrieben oft einhergehende Entfernung zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Investoren und der praktischen Landwirtschaft sowie der Bevölkerung vor Ort, erhebliche Risiken für den ländlichen Raum. Er warnte aber vor zu großen Erwartungen an die politischen Einwirkungsmöglichkeiten. *cs*

UBA-Studie zu Biomassenutzung

Das Umweltbundesamt (UBA) hat eine Studie zur Tank oder Teller-Thematik veröffentlicht. Darin stellen die Autoren fest, dass die weltweite Ausdehnung der Flächennutzung für die Erzeugung von Bioenergie langfristig die globale Ernährungssicherung gefährdet und deshalb nur unter ganz bestimmten Nachhaltigkeitskriterien fortgesetzt werden sollte. Ihrer Analyse zufolge werden Landflächen und andere natürliche Ressourcen für die Produktion von Agrar- und Forstgütern sowie von Rohstoffen für die Bioenergieerzeugung durch die steigende Nachfrage nach diesen Gütern weltweit immer knapper. Werde die Angebotssteigerung durch eine Agrarflächenausdehnung angestrebt, gehe dies oft zu Lasten anderer Schutzgüter, allen voran der biologischen Vielfalt. Der Anbau von Biomasse eigens für die energetische Nutzung beansprucht nach Einschätzung der Verfasser der Studie vor allem in den Industrieländern unverhältnismäßig große Anteile produktiver Ackerflächen; mit Wind- und Solarenergie stünden beispielsweise in Deutschland flächeneffizientere Alternativen zur Verfügung. Deshalb sollte die deutsche Energieversorgung auf längere Sicht weitgehend auf Anbaubiomasse verzichten. *cs*

Grüner fürs Greening

In einem Brief an die EU-Parlamentsabgeordneten seines Landes hat Nordrhein-Westfalens grüner Landwirtschaftsminister Johannes Remmel die Mitglieder des Europaparlaments dazu aufgerufen, sich im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für eine stärkere Bindung der Direktzahlungen an gesellschaftliche Leistungen und eine ausreichende finanzielle Ausstattung insbesondere der Zweiten Säule einzusetzen. „Eine weitere Verwässerung des Greening gegenüber dem Kommissionsvorschlag darf es nicht geben“, so Remmel. Der Kritik an den ökologischen Vorrangflächen entgegnete er, dieses Instrument sei nicht mit Stilllegung gleichzusetzen; vielmehr solle auf diesen Flächen eine besonders umweltgerechte landwirtschaftliche Erzeugung möglich sein. Remmels niedersächsischer Amtskollege Gert Lindemann (CDU) sieht sich durch die Aktion des Grünen-Politikers brüskiert und wirft ihm politische Kurzsichtigkeit vor. „Es ist nicht zu glauben, dass sechs Wochen nach der Agrarministertagung in Baden-Württemberg ein solches Signal nach Brüssel geht“, kritisierte er. Die Abstimmung von 7 % ökologischer Vorrangflächen auf jedem Einzelbetrieb käme einer Zwangsflächenstilllegung gleich. *cs*

Pflanzenschutzmittelplan in der Kritik

Von allen Seiten hagelt es Kritik am Nationalen Aktionsplan zur „nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ (NAP) des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Ziel des Plans soll es sein, Vorgaben, Ziele, Maßnahmen und Zeitpläne zur Verringerung der Risiken und Auswirkungen der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf die Gesundheit von Mensch und Tier sowie auf Umwelt und Natur zu machen. Während Bioland-Präsident Jan Plagge sowie der Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) den Aktionsplan als lückenhaft und gerade in den Bereichen des Gewässerschutzes und der Reduzierung des Mitteleinsatzes als nicht ausreichend bezeichnen, lehnt der Deutsche Bauernverband (DBV) die Einführung von Gewässerrandstreifen und ökologischen Vorrangflächen kategorisch ab. Die Ausweitung heimischer, ökologisch bewirtschafteter Flächen sei eine wirksame Methode, den Pestizideinsatz zu reduzieren, sagt hingegen der BÖLW. Bis zur geplanten Fertigstellung des NAP Ende 2012 liegt also noch viel Arbeit vor Ministerin Ilse Aigner und dem Ministerium. *jm*

Bauern auf der Milchstraße

EMB-Aktion mit Treckern in Brüssel zur Agrarreform

Bienen im Kino

Der Regisseur Markus Imhoof reiste einmal um den Globus, um auf seine Frage, wieso sterben seit einigen Jahren weltweit immer mehr Bienenvölker, eine Antwort zu finden. Durch die Einschleppung der Varroamilbe können in Europa und den USA die Bienen ohne das Eingreifen der Menschen nicht mehr überleben. Selbst im abgelegenen Schweizer Alpental tauchen Krankheiten auf, die nur durch Abtöten und Verbrennen der Völker eingegrenzt werden können. In den USA begleitet Imhoof einen Großimker, an dessen Arbeitsweise deutlich wird warum die Bienen leiden. Völker, die zwei Tage auf einem LKW 2.400 km zum nächsten Standort reisen, überleben diese Fahrt nur zu 80 Prozent. Die Konsequenzen dieser Fehlentwicklung werden in China deutlich, wo es durch den Einsatz von Pestiziden ganze Regionen ohne Bienen und andere Bestäubungsinsekten gibt. In beeindruckenden Großaufnahmen zeigt der Film das Leben und Leiden der Biene sowohl als Einzeltier, wie auch als Organismus Bienenvolk. Er schafft es, die Bedeutung der Bienen in der Natur den Zuschauern nahe zu bringen und wirbt für einen anderen Umgang mit diesen faszinierenden Lebewesen. vt
Kinos unter:
www.morethanhoney.de/

Mit dem Wunsch nach einer flexiblen Milchmengensteuerung und daraus resultierenden kostendeckenden Milchpreisen ruft das European Milk Board (EMB) am 26. und 27. November zu einer Großdemonstration in Brüssel auf. Alle Milchbäuerinnen und Milchbauern sind eingeladen, dabei zu sein die EU Parlamentarier und Minister darin zu unterstützen, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft der Milchviehbetriebe in der Europäischen Union zu treffen. Anlass für die Protestaktion sind die kurzfristig auf den Januar verschobenen Sitzungen im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat, bei denen über die Reform der EU-Agrarmarktordnung beraten und entschieden wird. Die Forderungen des EMB sind hierbei klar definiert:

1. Marktinstrumente, die einen kostendeckenden Milchpreis ermöglichen.
2. Die Einführung einer effektiven Monitoringstelle für den Milchmarkt.
3. Den freiwilligen Lieferverzicht gegen Entschädigung.

Beginnen wird die Aktion am frühen Nachmittag des 26. November mit einer Kundgebung und der Unterstützung von möglichst vielen Treckern. Anschließend wird es eine Podiumsdiskussion mit den entscheidenden Politikern geben, um diese in die Pflicht zu nehmen. „Es ist Zeit, unserem Anliegen ein Gesicht zu geben“, so Romuald Schaber, Präsident des EMB. Auf der EMB-Mitgliederversammlung Ende Oktober in Kroatien herrschte Einig-

keit darüber, dass die Proteste der Milchbäuerinnen und Milchbauern nicht nachlassen dürfen und diese Aktion in Brüssel der einzige Weg sei, um die wirtschaftliche Existenz der Betriebe zu sichern. Richard Blanc, französisches Vorstandsmitglied des EMB, hofft auch auf eine starke Beteiligung in Brüssel: „Wenn wir nicht selber aktiv werden, dann ist der Kampf von vornherein verloren und ab morgen sind wir Sklaven der Lebensmittelindustrie. Wer nichts fordert, bekommt auch nichts.“

Unsere Zukunft liegt ganz und gar in unseren eigenen Händen!“ Eine realistische Chance auf den Erhalt und effektive Modifikation der Milchmengensteuerung ist hierbei durchaus gegeben. So haben Portugal und Spanien deutliche Maßnahmen zu Gunsten der Milchbauern gefordert und in Polen tritt die Regierung öffentlich für den Erhalt der Milchquote ein. jm

Weitere Infos zur Demo unter www.bdm-verband.de



Viele Bäuerinnen und Bauern kennen den Weg nach Brüssel.

Foto: Nürnberger

Straathof endlich stilllegen!

Agrarindustrieller missachtet Bau- und Umweltrecht

Die Liste dessen, was dem niederländischen Agrarindustriellen Adriaan Straathof vorgeworfen wird, ist lang. Straathof, der in Holland und in Ostdeutschland elf Agrarfabriken mit mehr als 40.000 Sauen betreibt und an mehreren Standorten weitere Anlagen plant, wird an vielen Orten wegen Missachtung bau-, umwelt- und tierschutzrelevanter Vorschriften kritisiert. In Holland hatten die Behörden Straathof zur Beendigung der Überbelegung seiner Ställe gezwungen. Bei Straathofs Sauenanlagen-Bau im vorpommerschen Alt-Tellin klagte der Sprecher des Landkreises laut *Nordkurier*, Straathof halte sich „so gut wie nicht an Vorschriften“ und „verstoße immer wieder gegen Auflagen“ – trotz aller Straf- und Zwangsgelder. Und in Binde (bei Salzwedel) hat die örtliche Bürgerinitiative aufgedeckt, dass Straathof seine Sauenanlage mit 30.000 Tieren bereits

vor Jahren durch ungenehmigte Stallgebäude und eine Biogasanlage erweitert hat. Auf Drängen der durch den Gestank der Anlage belasteten Bürger in Binde reagierte schließlich das Landesverwaltungsamt und untersagte die Nutzung der Schwarzbauten. Nachdem Straathof eineinhalb Jahre verstreichen ließ und nicht einmal einen nachträglichen Bauantrag zur Legalisierung der Zusatzbauten einreichte, hat das Amt nunmehr die Nutzungsuntersagung verfügt und plant die sukzessive Stilllegung der gesamten Anlage. Dies würde bedeuten, dass die Sauen nicht mehr belegt und nach und nach verkauft bzw. umgestallt werden. Auch dagegen klagt Straathof, offenbar in der Hoffnung auf eine weitere aufschiebende Wirkung. Die AbL und Bürgerinitiativen haben die Politik und die zuständigen Behörden aufgefordert, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen Gesetzesbrüche des Agrarindustri-

ellen Adriaan Straathof vorzugehen. Straathof und viele ähnliche Agrarindustrielle wurden lange Jahre durch zuständige Politiker angelockt und unterstützt. In Mecklenburg-Vorpommern konnte Straathof bei seiner Agrarfabrik in Alt-Tellin sogar die Dienste der Landgesellschaft und der LMS-Landwirtschaftsberatung nutzen. Erst unter dem Druck einer wachsenden Bürgerbewegung beginnt man nun endlich, dem weiteren Vordringen der Agrarindustrie zögerlich erste Grenzen zu setzen. Dies ist seit langem überfällig, weil die agrarindustrielle Tierhaltung nicht nur Lebensqualität, Gesundheit und Immobilienwerte der Anwohner, sondern ganze Regionen und den Tourismus massiv beeinträchtigt. Mittelständisch-bäuerliche Existenzen werden dadurch verdrängt, so dass in absehbarer Zeit ähnliche Konzernstrukturen wie in der Geflügelhaltung drohen. en

Milch in goldenen Zeiten

Nur die Bauern und Bäuerinnen verdienen nicht

Von einem „goldenen Milchjahr“ wurde auf dem gerade gewesenen jährlichen Treffen der weltweiten Milchwirtschaftsvertreter im südafrikanischen Kapstadt gesprochen. Zwar ging es da eher um das vergangene als um das laufende Jahr, aber trotzdem fragt sich sicher so mancher Bauer und manche Bäuerin, was den goldenen Glanz in seinem Kuhstall ausgemacht hat. Denn was die Milchwirtschaft als golden ansieht, eine überdurchschnittliche Produktionsausweitung von 2,5 Prozent mehr Milch weltweit, droht so manchem Erzeuger das Genick zu brechen. Dabei ist es nicht unbedingt so, dass durch das Vorhandensein von viel Milch auf dem Markt ihr Wert sinkt.

Gestiegener Rohstoffwert

Das Kieler Informations- und Forschungszentrum für Ernährungswirtschaft (ife) vermeldete im Oktober für den fünften Monat in Folge verbesserte Verwertungsmöglichkeiten für Milch, was deren Wert auf 35,3 Cent pro Liter steigen ließ. Warum zumindest dieser Wert nicht wenigstens bei den Bauern und Bäuerinnen als Auszahlungspreis ankommt, bleibt offen. Stattdessen sind bei Müllermilch in Sachsen 27 Cent lange das Ende der Fahnenstange gewesen. Und nachdem als große Erfolgsmeldung die Trinkmilchabschlüsse mit dem Handel bei 9 Cent mehr gefeiert wurden, erwarteten Viele nun endlich „einen Schluck aus der Pulle“. Dabei warnte Kirsten Wosnitza vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) wohl ahnend, dass es mehr ein Schlückchen von 2 bis 3 Cent werden könnte. Auch das war mancherorts noch zu positiv gedacht, einen Cent mehr zahlt der internationale Molkerei-Konzern Arla seinen Bauern und Bäuerinnen und schlägt damit Pflöcke ein.

Internationalisierung

Was machen die Molkereien nun mit der Marge? Die Arla kündigte an, deutsches Magermilchpulver ab demnächst auf der internationalen Handelsplattform Global Dairy Trade zu versteigern, erweitert „sein Produktportfolio für internationale Kunden“. Denn „eine wettbewerbsorientierte Milchproduktion auf den Betrieben und eine gute Positionierung der Molkereiwirtschaft auf dem deutschen und internationalen Markt müssen einen nachhaltigen Milchpreis sichern“, erklärten Arla Deutschland Geschäftsführer Tim Ørting Jørgensen und Bauernverbands-Milchpräsident Udo Folgart gemeinsam. Und fügten gleich noch hinzu, dass „staatlich vorgeschriebene oder allgemeinverbindliche Markteingriffe bei der Milch ein Instrument aus der Mottenkiste“ seien und die deutsche

Milchwirtschaft schädigten. Internationale Kundenpflege wird allerdings nicht nur Geld einbringen, sondern auch etwas kosten. 100 Mio. Euro will jedenfalls die deutsche Hochwald-Molkerei im Rahmen des Konzepts „Höhere Wertschöpfung durch Internationalisierung und Wachstum“ in „wertschöpfungsstarke Produkte und Exportmärkte investieren“, wie ihr Geschäftsführer Karl-Heinz Engel mitteilte. Immerhin bleiben noch 4 Cent bei Hochwald zur Erhöhung des Milchauszahlungspreises. Das ist fast doppelt so viel wie der niederländische Molkerei-Konzern Friesland/Campina seinen Bauern und Bäuerinnen mehr zahlen will. Es gebe bereits Rohstoffmangel bei Verarbeitern, ließ man verlauten. Und Friesland/Campina berichtet auch von Bestrebungen, gemeinsam mit dem Weltkonzern Unilever eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Das kostet sicher auch Geld. Ansonsten darf man den Molkereien unterstellen, dass ihnen noch tausend andere Möglichkeiten einfallen, ihre Einnahmen gewinnmaximierend anzulegen, anstatt sie den Bauern und Bäuerinnen auszuzahlen.

Solidargemeinschaft

Weder Molkereien, noch die Politik werden den Milcherzeugern einen auskömmlichen Milchpreis zukommen lassen, das können sie nur selbst durch eine Steuerung der Menge. Das wird umso wichtiger, wenn das letzte begrenzende Instrument, die Quote, ausläuft. Aber Selbstdisziplin ist nicht das, was den meisten an der Stelle als erstes einfällt. Josef Jacobi von der Upländer Bauernmolkerei will denn auch gemeinsam mit den Mitgliedern eine „flexible Mengenregulierung auf der Basis der Quote“ debattieren. In Zeiten von geringen Preisen und Wachstumspredigern in der Beratung wird das nicht nur auf Begeisterung stoßen. Bernd Schmitz, Milchbauer aus dem Rheinland, sieht aus der Solidargemeinschaft der Milchbauern zu Zeiten des Streiks eine Schicksalsgemeinschaft entstehen. Das Wachstum der Betriebe ist allgegenwärtig und auch der Frust derer, die zurückbleiben. Dabei sagt Schmitz, es gebe genug Beispiele, dass Größe eben nicht die Lösung ist, weder global, noch individuell. Die Spirale abwärts dreht sich nur umso schneller, je mehr mitmachen. Vielleicht ist das die wichtigste Erkenntnis all derer, die Ende November mobilisiert durch den Bundesverband deutscher Milchviehhalter wieder einmal mit dem Trecker nach Brüssel fahren und damit Solidarität einmal mehr hautnah erleben. *cs*

Kurzes am Rande

Markttöffnung aller Orten

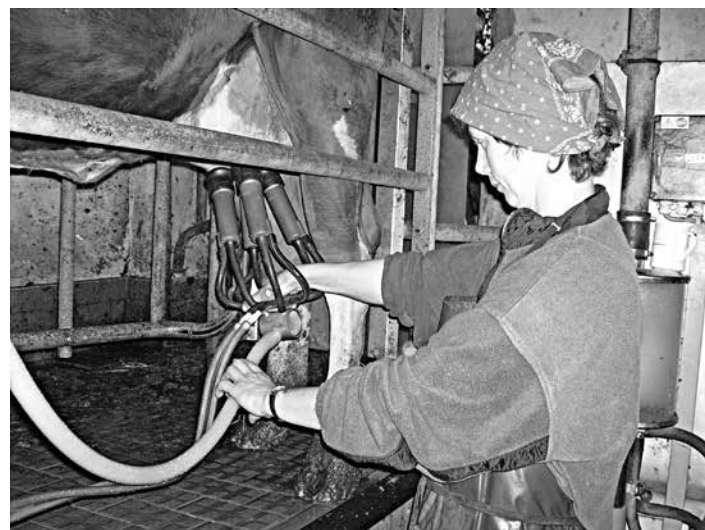
Den Einen geht es um Wirtschaftswachstum und den Anderen um Hungerbekämpfung: Europa und die USA verhandeln über ein Freihandelsabkommen und versprechen sich „enorme Wachstumsimpulse“ für beide Seiten. Eventuell könnten Teile von bisher unterzeichneten Abkommen der USA mit Staaten aus Asien und Südamerika als Vorlage herangezogen werden. Strittige Themen wie z.B. Bereiche des Agrarmarktes sollen dabei zunächst ausgenommen bleiben. Im Bezug auf Hungerkrisen in afrikanischen Staaten erklärt die Weltbank in einer Studie den Abbau von Handelsbarrieren und die Öffnung der Lebensmittelmärkte zur dringlichsten Aufgabe. Betont wird vor allem der erleichterte Handel und Transport innerhalb des Kontinents, damit sich die Staaten selbst ernähren und in Hungerkrisen unterstützen könnten. Bisher liegt der Anteil von importierten Nahrungsmitteln aus Nachbarländern bei nur 5 %. Die als hoch subventioniert und marktschädigend kritisierten Importe aus Industrieländern, wie z.B. Milchpulver, seien nicht allein Hemmnis für die lokale Landwirtschaft sondern vor allem der schlecht entwickelte innerafrikanische Markt. *cw*

Erhöhter Strukturwandel in der Schweiz

Der Strukturwandel in der Schweizer Milchproduktion vollzieht sich schneller als gedacht. Aufgrund der stark gefallen Milchpreise ist die Anzahl der Milchbäuerinnen und Milchbauern proportional zur Gesamtlandwirtschaft stärker zurückgegangen. Gab es im Milchjahr 2000/01 noch über 38.000 milchviehhaltende Betriebe, waren es im Kalenderjahr 2011 nur noch gut 25.000. Dies entspricht einer Aufgaberrate von 3 bis 5 % pro Jahr. Bei den Berufskollegen ohne Milchvieh waren es im Mittel weniger als 2 %. Durch den Milchpreisverfall von gut 66 Cent in 2001 auf knapp 52 Cent im vergangenen Jahr mussten immer mehr Landwirte aufgeben. Die verbleibenden Betriebe versuchen die Verdienstaufälle durch eine Steigerung der Produktion aufzufangen und so den sinkenden Preisen entgegenzuwirken. *jm*

Ökomilch nach China und Deutschland

40 dänische Biobauern liefern zukünftig ihre Milch nach China. Die Lieferanten der Arla-Molkerei werden rund 70 Mio. Liter Biomilch für den fernen Osten produzieren. Arla hält einen Aktienanteil an der chinesischen Molkerei-Gesellschaft Mengniu und erhofft sich dadurch einen verbesserten Marktzugang. Der skandinavische Molkerei-Konzern rechnet durch einen Nachfragerückgang von Ökomilch in Schweden und Dänemark mit einem Überschuss von 100 Mio. Liter, der neben dem Export nach China auch auf dem deutschen Markt untergebracht werden soll. *cs*



Melken muss sich lohnen!

Foto: Herzog

BÖLW feiert Geburtstag

Der Bundesverband ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) beging sein 10-jähriges Bestehen mit einem Festakt. 2002 als Dachverband der Erzeuger, Verarbeiter und Händler von Biolebensmitteln in Deutschland gegründet, gehören ihm als ordentliche Mitglieder die Anbauverbände Bäuerliche Vereinigung Ökologischer Landbau (BVÖL), Bioland, Demeter, Ecoland, Ecovin, Gaa und Naturland, der Verarbeiterverband Aoel sowie die Naturkostfachverbände Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) Einzelhandel und Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung und Handel an. Der wieder im Amt bestätigte Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein sagte in seiner Festrede, der BÖLW verstehe sich als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung für eine zukunftsfähige Land- und Ernährungswirtschaft. Diese gemeinsame Motivation sei wichtiger als ökonomische Interessensunterschiede innerhalb der Wertschöpfungskette. Der ebenfalls als Redner geladene Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hartmut Vogtmann, warnte die Ökobranche vor dem Hintergrund ihres enormen Wachstums vor der Gefahr der Beliebigkeit. Der Sektor sei gut beraten, sein Profil zu schärfen. Erreicht werden könne dies über eine intensive Wertediskussion, sagte der frühere Präsident des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). *cs*

„Moderner Stallbau ist Tierschutzbeitrag“

Auch auf der gerade zu Ende gegangenen Messe für Tierhaltungstechnik, der EuroTier, war der Tierschutz bzw. die momentane lebhaftige Debatte darum Thema. Der Bauernverband lud zu Diskussionsrunden und betonte, „die Position zum Tierschutz selbstbewusst in der Öffentlichkeit zu vertreten und selbstkritisch die Tierhaltung im Betrieb zu analysieren, sollte heute das Anliegen eines jeden Tierhalters sein.“ Verbandspräsident Joachim Rukwied wies darauf hin, dass die Landwirte derzeit von inflationär steigenden Tierschutzforderungen geradezu überrollt würden, dabei sei „jeder moderne Stallbau ein Beitrag zum Tierschutz“. *cs*

Sachsens Synode gegen Agrarindustrie

Die Synode, das Kirchenparlament der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, hat beschlossen, die Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen in ihrem Engagement gegen die Errichtung von Anlagen der „agrarindustriellen Massentierhaltung“ und für eine artgerechte Haltung der Tiere zu unterstützen. Sie bittet die Kirchengemeinden, kein Kirchenland für Agrarindustrielle zur Verfügung zu stellen. Angesichts der globalen Auswirkungen des hohen Fleischkonsums ermutigt die Synode zu einem anderen Lebensstil, der Fleischkonsum einschränkt oder meidet. Auch kirchliche Einrichtungen ständen in einer besonderen Verantwortung „als Zeichen unserer weltweiten christlichen Verantwortung“. Dieser richtungsweisende Beschluss soll – wie verlautet – auf Kritik aus Kreisen der benachbarten Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) gestoßen sein, wo der Präses der Synode, Wolf von Marschall, selber an einer agrarindustriellen Masthühnerhaltung großen Ausmaßes beteiligt ist. *en*

EU-Abgeordneten Check

In diesem Herbst startete mit dem „EU-Abgeordneten Check“ eine Aktion der Kampagne „Meine Landwirtschaft“, die als Vorbereitung für regionale Pressegespräche gedacht ist. In den letzten Monaten wurden alle Europa-Abgeordneten aus Deutschland aufgefordert, zur anstehenden EU-Agrarreform Stellung zu beziehen – schließlich müssen sie im EU-Parlament alle über die Agrarreformpläne abstimmen. Die Rückmeldungen waren größtenteils unbefriedigend: nur teilweise ausführlich, häufig kam ein Verweis auf die Position des parteiinternen Agrarexperten und Viele hielten es gar nicht für nötig, zum Thema zu antworten. Als erstes griff das Agrarbündnis Bayern den Ball auf und forderte zum öffentlichen Dialog in Neumarkt auf. Die eigene Botschaft war klar: gegen agrarindustrielle Strukturen, für leistungsbezogene Zahlungen und mehr internationale Verantwortung. Der Einladung an alle aus Bayern im Parlament vertretenen Parteien (CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke) folgte jedoch nur der SPD-Abgeordnete Ismail Ertug, was deutlich macht, dass die Transparenz der Meinungen noch zu wünschen übrig lässt. *cw*

Terminankündigungen und weitere Infos unter www.meine-landwirtschaft.de/aktionen

Kurzes am Rande

Bodenfruchtbarkeit im Blick!

Herbsttagung der AbL Niedersachsen-Bremen

Opfern wir unsere Bodenfruchtbarkeit?“ – zu dieser Frage in Bezug auf die Intensivierung der Landwirtschaft hatte die AbL-Niedersachsen auf ihrer diesjährigen Herbsttagung eingeladen. Im Eingangsvortrag berichtete Dr. Harald Schmidt, Wissenschaftler bei der Stiftung Ökologie und Landbau (SÖL), von seinen Erkenntnissen aus langjährigen einzelbetrieblichen Untersuchungen. Aus der Sicht des Wissenschaftlers besteht das Problem, dass Bodenfruchtbarkeit nicht genau definiert ist und aus einer Summe der Eigenschaften des Bodens resultiert, die zudem für jeden Bodentyp und jeden Betrieb differenziert angesehen werden muss. Es gibt auch keine langfristigen Versuche mehr, um zu verfolgen, wie sich die Qualität der Böden verändert. Solche praktische Grundlagenforschung ist aufwendig, wissenschaftlich nicht hoch angesehen und fällt schnell dem Rotstift zum Opfer. Rechnerische Humusbilanzen nach Maßgabe von Cross Compliance sind mit real erhobenen Messungen oft nicht zu bestätigen und daher in ihrer Aussagekraft mit Vorsicht zu genießen.

Ackern aus der Substanz

Aus der praktischen Begleitung von 96 Betrieben des Forschungsprojekts der SÖL lässt sich aber schon ersehen, dass vielgestaltige, viehhaltende Betriebe insbesondere mit Klee- oder Luzerneanbau Bodenfruchtbarkeit eher erhalten, während reine Ackerbaubetriebe mit Getreidebau sowie besonders Betriebe mit intensivem Hackfruchtanbau oft „von der Substanz“ leben. Eine Abnahme der Humusgehalte von 0,1 Prozent in zehn Jahren und die Verschlechterung der Bodenstruktur ist nur in langjährigen Messungen feststellbar. Langfristig ist

die Fruchtbarkeit des Bodens in solchen intensiv wirtschaftenden Betrieben in Gefahr. Nur fällt das im konventionellen Ackerbau erst spät auf – später auch als im ökologischen – da die Erträge durch Inputs an Produktionsfaktoren hochgehalten werden. Wie es auch gehen kann, stellte Albrecht Kieser, Radiojournalist und Autor der Sendung „Bodenlos – droht dem Acker die Verwüstung?“, anhand besonderer bäuerlicher Projekte aus seinen Recherchen vor. Eine Gruppe österreichischer Bauern sieht in der Steigerung der Bodenfruchtbarkeit durch eine sehr ausgefeilte Kompostzufuhr die einzige Möglichkeit, langfristig fruchtbare Böden zu erhalten. Zielgröße ist auch für Lehm Böden ein Humusgehalt von 5 bis 8 Prozent! Der hohe Aufwand wird durch von Firmen gezeichnete regionale CO₂-Zertifikate finanziert.

Rechtzeitig gegensteuern

Jeder Betrieb sollte seine Düngung und Fruchtfolge auf den Prüfstand stellen. Um Veränderungen der Bodenfruchtbarkeit zu dokumentieren und zu verstehen, braucht es zudem in der Forschung Langzeitstudien. Aber jetzt schon ist klar: eine immer stärkere Intensivierung der Betriebe – auch im Ökolandbau – stellt eine Gefährdung für die Bodenfruchtbarkeit dar, auch wenn diese Prozesse sehr langfristig verlaufen. Man bekommt auch ohne lückenlose Datengrundlage die Ahnung, dass das ökologische Optimum einer solchen Landwirtschaft schon längst überschritten ist. Daraus resultiert die Forderung der AbL, die Intensivierung zu begrenzen, nicht nur aus sozialen Gesichtspunkten, sondern auch aus betrieblichen und Umweltgründen!

*Eberhard Prunzel-Ulrich,
AbL-Niedersachsen*



AbL-Niedersachsen auf dem Boden der Tatsachen.

Foto: Unterholzner

Die Treibjagd

Eine Weihnachtsgeschichte von Matthias Stührwoldt

Es fällt mir nicht leicht, aber ich gebe es zu: Ja, als Kind liebte ich es, an Treibjagden teilzunehmen. Nicht als Jäger, nicht als Wild, nein, als Treiber. Besonders gern erinnere ich mich an die Treibjagden auf dem Gutshof. Die fanden immer an einem der Adventssonntage statt, meist an nebligen, grauen Tagen, trocken, aber trostlos. Aus heutiger Sicht waren das seltsam feudale Veranstaltungen. Der Gutsherr jagte mit seinen reichen Industriellenfreunden, während die Bauern des Dorfes, welche im Sommer Stroh vom Gutshof bekamen und dafür gewisse Frondienste zu übernehmen hatten, und deren Söhne ihnen das Wild zutrieben. Natürlich noch ohne diese neonfarbenen Warnwesten für Weicheier, nein, gut getarnt in Bundeswehrparkas, mit grünen Hüten auf. Damals galt: Wer nicht versehentlich erlegt werden wollte, sollte nicht zu sehr aussehen wie ein Wildschwein und sich vor allem nicht so benehmen. Gruzend alleine über das Feld zu laufen, wie aufgescheucht durch den Tross der Treiber, würde den sicheren Tod bedeuten. Solche Scherze, das bleute Vadder mir wieder und wieder ein, hatte ich tunlichst zu unterlassen. „Wenn du dot büst“, sagte er, „wat schall ik denn Mudder seggen? Un wer schall denn de Köh fuddern?“ Es war also immer ein Hauch von Gefahr dabei, ein Nervenzitzel.

Haas! Haas! Haas!

Nur einmal schien am Tag der Treibjagd die Sonne. Es war ein kalter, klarer Sonntag im Dezember. In der Woche zuvor hatte es einen Schneesturm gegeben; der Ostwind – aus Russland, wie Vadder sagte, den Wind schickt der Iwan – hatte den Schnee zu bizarren Verwehungen geformt. Danach war es sehr kalt geworden; jetzt schien die Sonne, unsere Atemwolken glitzerten in der Sonne; der Schnodder gefror beim Einatmen in der Nase, um beim Ausatmen wieder aufzutauen.

Um neun Uhr, nachdem alle Bauern zuhause das Vieh versorgt hatten, war Treffen auf dem Gutshof. Die Männer – Treibjagden waren damals rein männliche Veranstaltungen – waren guter Stimmung. Sie schnackten und scherzten. Männergespräche. Es ging ums Saufen und ums Ficken. Wir Jungs verstanden nicht alles, aber wir taten so als ob. Wir gehörten dazu; wir waren dabei. Echte Männer, nur kleiner, ohne Bauch und Glatze. Die sollten erst später kommen. Irgendwann blies ein Jagdhornbläser eine Fanfare, dann er-

griff der Gutsherr das Wort. Er begrüßte alle, klärte über den Verlauf der Jagd auf, wünschte den Jägern Waidmannsheil und uns Treibern, dass wir überleben würden, haha, kleiner Scherz. Dann ging es los. Die Jäger fuhrten in verschiedenen Geländewagen fort; wir Treiber wurden von einem Obertreiber mit irgendwie wichtiger Mütze auf einen mit Tannenzweigen geschmückten, mit Strohbällen als Sitzgelegenheiten ausgestatteten Viehwagen gefahren.



Foto: Wanetschka/pixelio

Dort angekommen, erhielten wir letzte Instruktionen, dann gingen wir in einer langen Reihe durch den Wald, schlugen mit Stöckern aufs Unterholz und riefen laut: „Haas! Haas! Haas!“, wieder und wieder, als beherrschten wir nur dieses eine Wort einer seltsam rudimentären Sprache. Außerhalb des Waldes hatten sich die Jäger postiert, und wenn wir einen Hasen aufgescheucht hatten, der in Panik über die Wiese floh, dann freute ich mich. Haken schlagend rannte er ziellos herum, bis ein lauter Knall ertönte und eine unsichtbare Kraft den Hasen mitten aus der Bewegung riss, während sich der Schnee um ihn herum blutrot verfärbte. Dann kam schon ein hyperaktiver adliger Terrier angerannt, um zu apportieren, und ich fand das nicht fies, ich fand das gerecht. Hasen waren da, um geschossen zu werden

und hinterher in einer langen Reihe, die man dann Strecke nannte, auf dem Gutshof herum zu liegen, blutig, mit glasigen Augen.

Auf der Fahrt zur Mittagspause mussten wir Treiber den Viehwagen mit den erlegten Tieren teilen, und dann kam das schönste überhaupt: die Erbsensuppe. Die Wagenremise des Gutshofes war ebenso geschmückt wie der Viehwagen, und aus einem fahrbaren Kessel, den ich so ähnlich schon einmal auf einer Straßenbaustelle gesehen hatte, wurde die leckerste Erbsensuppe serviert, die ich

Konsum von Erbsensuppe mich zu schwer gemacht. Mit einem Mal stand ich bis zur Hüfte im eiskalten Wasser des Grabens. Ich schrie, wie ich noch nie geschrien hatte, solche Panik hatte ich und so weh tat das kalte Wasser. Schon kamen die Männer und zogen mich raus. Kurz wurde beratschlagt, was zu tun sei. Ich wollte schon, das hatte ich in einem Western gesehen, sagen: „Lasst mich nur hier zurück. Ohne mich könnt ihr es schaffen.“ Da nahm Vadder mich auf den Arm und trug mich quer durchs Moor zu dem Trecker mit dem Viehwagen. Mein kleiner, dicker Vater war so unglaublich stark; er trug mich den ganzen Weg. Am Trecker angekommen – es war ein Schlüter; die Gutshöfe fuhrten damals ausschließlich Schlüter – sprach Vadder kurz mit dem Fahrer, der auf dem Trecker wartete. Er bat ihn, mich nach Hause zu bringen. Zum ersten Mal in meinem Leben durfte ich auf einem Schlüter mitfahren, zum ersten Mal auf einem Trecker mit Kabine! Der Fahrer zog die Schiebetür auf; ich setzte mich auf den Beifahrersitz und hatte das kalte Wasser fast schon vergessen. Wir fuhrten los, und ich genoss die Aussicht, während Vadder zu den anderen Treibern zurück ging, allein, über die Koppel. Ich hoffte, keiner der Jäger würde ihn für ein Wildschwein halten.

Catweazle

Als wir auf unserem Hof ankamen, gab mir der Fahrer zum Trost noch ein kleines Marzipanbrot, das er in der Jackentasche gehabt hatte. Mudder war sehr besorgt und half mir aus den nassen Klamotten. Sie hatte den Ofen in der Stube schon angeheizt und bettete mich unter der weichen Wolldecke auf dem Sofa. Ohne dass ich darum bitten musste, schaltete sie den Fernseher an. Es gab Catweazle. Wie alle Kinder liebte ich Catweazle. Mudder brachte mir noch heiße Milch mit Honig; ich aß Marzipan; ich guckte Catweazle. Mir wurde wieder warm. Ein perfekter Sonntagnachmittag. Besser als Weihnachten, so viel war klar. Kein elendes Warten auf eine viel zu späte Bescherung, und dann kriegte man doch nicht, was man wollte.

Von Zeit zu Zeit pupste ich unter die Wolldecke. Dann schnupperte ich. Exzellenter Erbsensuppenpups, entstanden aus der leckersten Erbsensuppe der Welt, mit ordentlich Fleisch darin, gekocht in einem Teerkessel vom Straßenbau. Lächelnd schlief ich ein, satt und zufrieden und wohligh warm.

Matthias Stührwoldt

Ohne mich könnt ihr es schaffen

Am frühen Nachmittag trieben wir durch das Moor, in welchem sich die Wildschweine versteckten. Eigentlich kannte ich mich hier bestens aus; das Land hatten meine Eltern gepachtet, aber der Schnee hatte das Moor in eine gleichförmige Ebene verwandelt; die Gräben waren zugeweht und nicht mehr zu erkennen, jedenfalls nicht für meine Kinderaugen. Plötzlich gab der Schnee unter mir nach; ich brach durch die verharschte Schneedecke. Wahrscheinlich hatte der unkontrollierte

Artgerechte Tierhaltung keine Zauberei

Sie muss nur konsequent umgesetzt werden – wie auf dem Hof Gerstenmeyer

Ringelschwänze – nicht ohne Stroh

Seit 2003 ist in der EU das Kupieren von Schweineschwänzen verboten, dennoch wird es bei ca. 90 % der Schweine als angebliche „Ausnahme“ praktiziert. Haltungsstress bei Schweinen führt zum Schwanzbeißen. Mehr Platz und Spielzeuge in den Schweinebuchten sowie veränderte Fütterung und Klimaführung können das Problem nur in Einzelfällen lösen. Nachhaltig wirkt nur Stroheinstreu. Dies erfordert bauliche Veränderungen, auch um das Koten und Urinieren der Schweine im Stall selbst zu vermeiden.

Arbeitsrationelle Strohställe brauchen einen Auslauf. Die EU fordert alle EU-Länder derzeit mit Androhung von Vertragsstrafen zur Umsetzung der Richtlinie 2001/88/EG (Kupierverbot, Zugang zu Stroh o.ä.) auf. Höchste Zeit, sich auf diese kommenden Vorgaben durch Modellställe und eine massive Umbauförderung einzustellen, statt sich der trügerischen Hoffnung auf eine angebliche Lösung durch Management-Methoden hinzugeben. Die Strohhaltung ist nicht größen-unabhängig. Sie ist in großen Agrarfabriken kaum praktikierbar, wohl aber durch mittelständisch-bäuerliche Betriebe. So könnte das Kupierverbot sich positiv auf Agrarstruktur und Angebotsmengen auswirken. *en*

Drei Bilder vom Bauern prägten das gesellschaftliche Bild von Landwirtschaft, das habe er gerade irgendwo gelesen, sagt Wilhelm Gerstenmeyer schmunzelnd und zählt auf: „Da ist einmal der eiskalte Unternehmer, der über Leichen geht, dann der bestrickte Idealist mit der Handhaxe und Bauer sucht Frau.“ Zu Landwirtschaft fällt eben jedem etwas ein, ob das immer so viel mit der Realität zu tun hat, steht auf einem anderen Blatt. Wilhelm Gerstenmeyer hat auf seinem Hof im niedersächsischen Hitzacker in seinem Hofladen nicht nur Wurst und Kartoffeln, sondern auch eine Realität anzubieten. „Wir arbeiten in der Öffentlichkeit“, sagt der junggebliebene noch-nicht-ganz Altbauer mit seinem verschmitzten Lächeln. Aus der ehemaligen Dorflage in einem früher für das Wendland typischen Rundling sind sie mit ihrem Hof inzwischen in die Kleinstadt Hitzacker hineingewach-

schwerer, daraus macht Gerstenmeyer auch keinen Hehl. Allerdings ist der Laden nur das Zubrot, hauptsächlich sind die Schweine für den Neulandschlachtbetrieb im 40 km entfernten Bad Bevensen bestimmt.

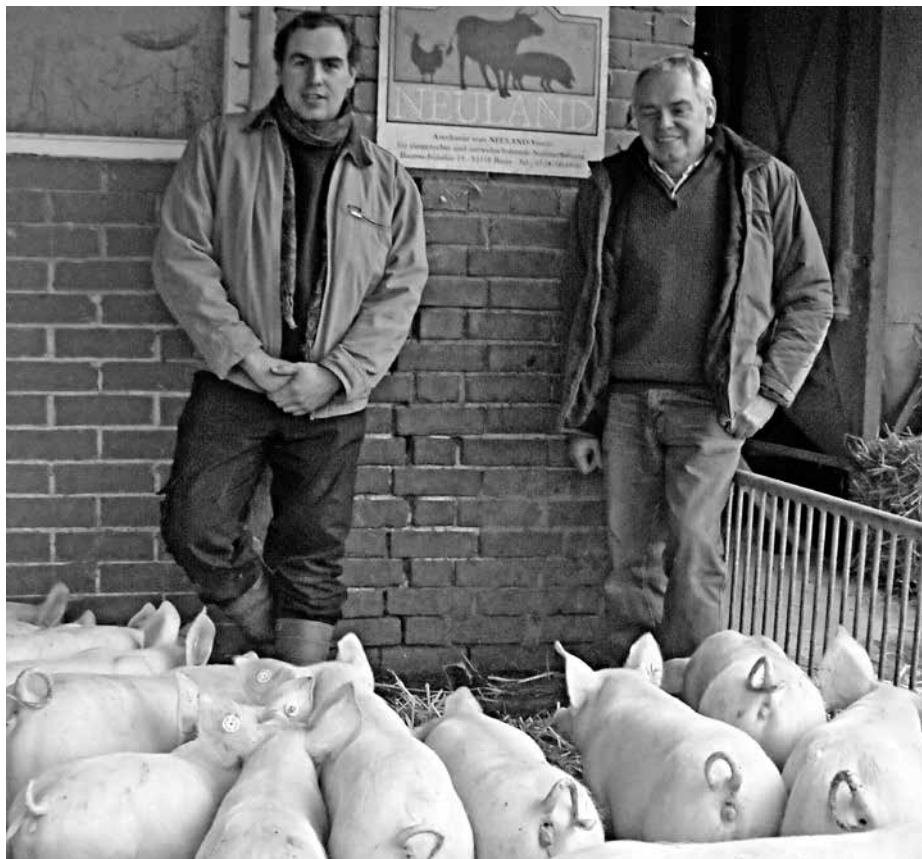
Zukunftsperspektive Neuland

„Eigentlich haben wir hauptsächlich gelebt“, erzählt Wilhelm Gerstenmeyer, „Wir hatten 30 Sauen und die Mastschweine in planbefestigten alten Ställen.“ Dann bekundete Anfang der 2000 Jahre Sohn Jan seinen Wunsch an einer landwirtschaftlichen Berufslaufbahn mit einer entsprechenden Lehre. Eine Perspektive musste her, etwas, das Vater und Sohn gemeinsam gut mittragen konnten. Ein konventioneller Maststall? „Da hätten wir uns mit allen erzürnt“, sagt Wilhelm Gerstenmeyer mit Blick auf die Nachbarn. „Konventionell hätten wir dreimal so viele Tiere halten müssen, wie die jetzigen 60 Sauen und ihre

managet mit Herzblut den Sauenstall, in dem die Ferkelverluste nicht höher sind als konventionell, obwohl die Sauen nur ganz kurz fixiert werden. Der Auslauf, den alle Tiere bis auf die säugenden Sauen und ihre Ferkel bekommen, wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus, sie sind robust. Alle genießen das Stroh, müssen sich nicht schmerzhaft mit den Schwänzen ihrer Kollegen befassen, legen im großen und ganzen brav ihre Kotplätze im gut maschinell zu mistenden Auslauf an. Die Umsetzung artgerechter Tierhaltung von der Theorie in die Praxis ist hier durch Konsequenz gelungen. Bei den Gerstenmeyers wird das umso deutlicher, als dass sie sogar den Vergleich von Altstallumbau und Neubau auf einem Betrieb haben. Während bei Altgebäuden an irgendwelchen Stellen immer Kompromisse gemacht werden müssen, die am Ende mehr Handgriffe in der täglichen Routine oder doch mal ein Schweinehäufchen am falschen Platz bedeuten, ist der Neubau aufgrund seiner unspektakulären Funktionalität schon wieder spektakulär. Er kommt ganz ohne Lüftung aus. Das macht die derzeitigen versuchstechnischen Bemühungen und Debatten in der „Fachpresse“, in konventionellen Spaltenställen mittels aufwendiger, unterschiedlich belüfteter Buchtenbereiche das Kotverhalten wie auch die Schwanzbeißerei zu beeinflussen, geradezu lächerlich. Platz, Stroheinstreu, Auslauf – Tierschutz und Wohlbefinden ist im Schweinemaststall eigentlich keine Zauberei. Zu viele Bauern und Bäuerinnen haben nur ihr Geld in anderen Ställen festgelegt, die Wohlstand verhießen und nun gesellschaftliche Kritik bringen, so dass Alternativen wie verhext erscheinen.

Auf Augenhöhe

Nicht unbedingt Wohlstand, aber ein Auskommen mit Zukunft hatte Neuland damals den Gerstenmeyers verheißen und bis heute auch erfüllt. Zwar begeistert sie auch nicht alles, was verbands- und firmenpolitisch passiert, und sie sehen die Zwänge, in denen sich Neuland zunehmend befindet. Bestandsobergrenzen, die einerseits bäuerliche Betriebsdimensionen beschreiben sollen, und Preise, die nur noch bei bestimmten Produktionsmengen ein befriedigendes Auskommen ergeben, stehen sich gegenüber. Marktpartner, die wegwachsen oder aufgeben, dominieren wollen oder zu wenig schlagkräftig sind, stehen daneben. „Schlachtkonzerne wie Vion sind zu mächtig“, sagt Jan Gerstenmeyer, er hat vor Ort die Erfahrung gemacht, dass schon der wesentlich kleinere Schlachtbetrieb Vogler, Neuland nur als Imageaufhübschung benutzt hat. Der Wechsel zum Schlachter Henke in Bad Bevensen, der ausschließlich Neuland und Biotiere verarbeitet, brachte das mit sich, was Wilhelm Gerstenmeyer für die Erfolgsformel schlechthin hält: „die Begegnung auf Augenhöhe.“ *cs*



Zufriedene Bauern und glückliche Schweine

Foto: Schievelbein

sen, ackern neben dem Neubaugebiet. Die Hofstelle liegt an der belebten Durchgangsstraße, öffnet sich zu ihr wie eine Bühne und präsentiert die Hauptdarsteller der Gerstenmeyers, die Schweine. Ihre Ausläufe am alten Stallgebäude sind der höchste Punkt, gut zu sehen und tatsächlich auch gerne betrachtet. „Hier kommen viele Leute vorbei und gucken sich die Schweine an, sollen sie auch“, betont Gerstenmeyer und fügt hinzu, dass Viele so ein Interesse hätten, „weil man ja sonst kaum noch mal ein Schwein zu Gesicht bekommt.“ Das Interesse im Hofladen dann in klingende Münze bzw. in Wurst und Schinken zu verwandeln, fällt Vielen schon

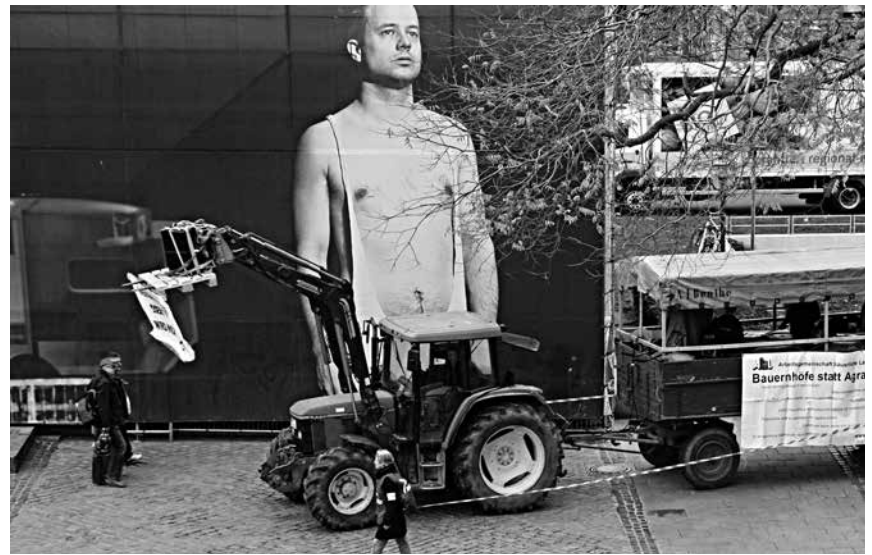
Nachkommen“, sagt Jan Gerstenmeyer, und das bedeute Unübersichtlichkeit, Krankheitsdruck, Kapitalbindung. „Außerdem ist es schön, wenn die im Stroh wühlen.“ Er machte damals, nachdem Neuland als Idee in ihr Blickfeld geraten war, ein Lehrjahr auf einem Neulandbetrieb und fand es toll. Mit der Unterstützung des damaligen Neulandberaters Bernd Kuhn schmiedeten sie Umbaupläne für die Altgebäude auf dem Hof und einen Neubauplan für den Maststall auf der grünen Wiese. Elf Nachbarn mussten sie die Pläne vorstellen und alle haben zugestimmt, das erfüllt Wilhelm Gerstenmeyer noch heute mit Stolz. Sohn Jan ist stolz darauf, dass es läuft,

Trecker rocken Hannovers Oper

Breites Bündnis demonstriert für eine neue, faire Agrarpolitik in Niedersachsen

Die Hebamme aus der Lüneburger Heide hat ihre beiden halbwüchsigen Söhne mit der Aussicht auf die Trecker nach Hannover gekriegt. Sie selbst sagt, dass ihr immer weniger egal ist, wo das Essen für ihre Familie herkommt, unter welchen ökologischen und sozialen Gesichtspunkten es produziert wird – deshalb ist sie nach Hannover gekommen. Mit ihr waren es weit über 2.000 Menschen, die an einem kalten, aber trockenen Novembersonntag unter dem Motto: „Wir haben es satt! Bürger und Bauern für eine neue, faire Agrarpolitik in Niedersachsen“ durch die niedersächsische Landeshauptstadt zogen. Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus 50 Organisationen hatte dazu aufgerufen, um die Öffentlichkeit im Agrarland Niedersachsen kurz vor der Landtagswahl im nächsten Januar wachzuküssen. Dafür waren allein schon die vierzig Trecker gut, deren Fahrer und Fahrerinnen aus unterschiedlichen Regionen des Landes zum Teil noch mitten in der

Nacht aufgestanden und losgefahren waren, um in der Hauptstadt ein eindrucksvolles Verkehrschaos zu veranstalten. Dazu war aber auch der Eindruck einer bunten, unterschiedlichen Menge von Menschen wichtig, die so verschieden ihre persönlichen Lebenszusammenhänge auch sein mögen, deutlich machen wollten, dass die Zukunft der Landwirtschaft nur eine bäuerliche sein kann. „Wir haben es satt, unsere Bewegung teilen zu lassen“, formulierte Martin Morisse vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter unter dem Applaus all derer, die sich nicht von Politikern und Lobbyisten gegeneinander in Stellung bringen lassen wollen. „Die Agrarindustrie degradiert die Bauern zu billigen Vertrags-Rohstofflieferanten und macht die Lebensmittelerzeugung zu einer Ramschware“, sagte Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL. Und vor der Oper, dem Ort der Abschlusskundgebung, durfte auch Kultur keine Ramschware sein, deshalb gab es furi-



Hosen runter! Die Wahrheit industrieller Produktion ans Licht.

Foto: Heydecke

ose Schrott- und Sambatrommler, coole Nachwuchsrocker mit einem eigens für die Demo geschriebenen Song und das bis ins Detail stimmige Leguminosenorchester mit einer Hymne an die Königin des Ackerbaus. Es war ein „Supersonntag“, so zitierte ein Treckerfah-

rer Radiowerbungskurzweil von seiner Hinfahrt, und zwar nicht, so stellte er klar, weil da der Lebensmitteleinzelhandel Geiz-ist-geil-Preise auswirft, sondern weil inzwischen immer mehr Menschen genau das eben nicht wollen und dagegen auf die Straße gehen. cs

Weltweit wertvolle Bündnisarbeit

Gut besuchte Talkrunde in der Marktkirche Hannover

Ganz unterschiedliche Regionen der Welt und gesellschaftliche Gruppen kommen sich in ihren Einschätzungen und Vorstellungen rund um Landwirtschaft und Lebensmittelmärkte immer näher: Das wurde auch in einer von Berit Thomsen von der AbL moderierten Diskussionsveranstaltung in der Hannoveraner Marktkirche im Anschluss an die „Wir haben es satt“-Demo deutlich. Zu Beginn berichtete Bernadette Ouattara, Mitarbeiterin in der Entwicklungshilfeorganisation INADES in Burkina Faso, aus ihrem westafrikanischen Land: „Bei uns werden Importe von z.B. Milchpulver aus der EU politisch unterstützt. Wir fordern statt dessen die lokale Produktion zu fördern, damit diese die Städte mit versorgen kann. Dazu müssen die Produkte für den Transport haltbar gemacht werden und dafür müsste in Kühlung und Verarbeitung investiert werden.“ Als sie dann hinzufügte, der Politik gehe es jedoch hauptsächlich um günstige Produkte, damit die Stadtbevölkerung zufrieden gestellt ist, erhob sich Gemurmel unter den ZuhörerInnen: „Ja, das ist hier eigentlich auch so!“. Genau dieses Erkennen von weltweiten Gemeinsamkeiten und Ver-

knüpfungen war den Organisatoren der Veranstaltung: Misereor, Germanwatch und AbL besonderes Anliegen.

Am gleichen Strang ziehen

Damit die Produkte hier billig hergestellt und exportiert werden können, bekommen die LandwirtInnen in der EU u.a. die sogenannten Direktzahlungen zur Einkommenssicherung. „Wir Milchbauern wollen keine Förderung aus Brüssel“, stellte Martin Morisse vom Bundesvorstand des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) klar, „wir wollen unsere Produkte bezahlt haben. Und wenn wir zu diesen Preisen nichts auf dem Weltmarkt verkaufen können, dann lassen wir das eben.“ An diesem Punkt betonte Reinhild Benning, Agrarreferentin beim BUND, die wertvolle Bündnisarbeit innerhalb der gesellschaftlichen Bewegung. Dazu gehören seit einiger Zeit auch Gewerkschaften und Arbeitslosenselbsthilfegruppen wie ALSO aus Oldenburg, die sich nicht sagen lassen wollen, wegen ihnen müsse es billiges Essen geben. Sie betrachten das ganze gesellschaftliche System und fordern u.a. Mindestlöhne und angepasste Hartz IV-Sätze, damit sie verantwor-

tungsbewusst einkaufen können und nicht die Landwirtschaft unter Druck setzen.

Auf bäuerlich setzen

Fragen und Anmerkungen aus dem Publikum beschäftigten sich dann vor allem mit den Themen Tierschutz und nötigen Kennzeichnungen, damit an der Theke überhaupt eine Wahlmög-

lichkeit besteht. Dazu stellte Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL, klar: „Tierschutz und Industrie sind nicht vereinbar. Auch in diesem Punkt müssen wir uns auf die bäuerliche regionale Erzeugung konzentrieren. Damit diese hier vor Ort und weltweit erhalten bleibt, müssen wir mit der Kraft der Bündnisse Druck auf die Politik ausüben!“ cw



Bäuerliche Landwirtschaft in das Herz der Gesellschaft tragen.

Foto: Schievelbein

Bäuerliche Landwirtschaft gestalten, nicht verwalten

Eine Gesprächsrunde mit jungen und altgedienten Ablern

Im Bundesvorstand der AbL steht ein Wechsel bevor. Seit 16 Jahren ist Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf AbL-Bundesvorsitzender. Ende November wählt die Mitgliederversammlung einen Nachfolger. Grund genug für die *Bauernstimme*, eine Standortbestimmung vorzunehmen



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, seit 1996 Vorsitzender der AbL.

Bauernstimme: *Landwirtschaft ist in unserer Gesellschaft ganz offensichtlich ein großes Thema. Bäuerliche Landwirtschaft steht dabei hoch im Kurs, die industrielle Ausprägung ist unter großem Rechtfertigungsdruck, besonders in der Tierhaltung. Hat sich die Stimmung in der Gesellschaft zur Landwirtschaft geändert?*

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf: Ich glaube nicht, dass sich in der Gesellschaft die Sicht auf bäuerliche Landwirtschaft sonderlich geändert hat. Bäuerliche Landwirtschaft war immer das Leitbild in der Gesellschaft. Sie entspricht ihrem Landschaftsbild, ihrem Bild von den Höfen, von der Arbeit, vom sorgsamem Umgang mit dem Boden, dem pfleglichen Umgang mit den Tieren und dem generationenübergreifenden Denken. Dieses Bild entspricht und diente aber auch der jahrzehntelangen ideologischen Untermauerung einer Agrarpolitik, die in Wirklichkeit auf Rationalisierung und industrialisierte Produktion ausgerichtet war, also auf die Abschaffung der bäuerlichen Wirtschaftsform. Diese Politik hat immer vorgegeben, als würde sie die bäuerliche Wirtschaftsweise Europas gegenüber dem industriellen Weltmarktgeschehen schützen. Meine

These ist aber: Wenn wir die EU-Agrarpolitik der bisherigen Ausrichtung nicht gehabt hätten, gäbe es heute mehr bäuerliche Betriebe als jetzt.

Bauernstimme: *Noch immer verlieren wir allein in Deutschland jeden Tag 75 landwirtschaftliche Betriebe, fast 30.000 im Jahr.*

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf: Ja eben. Die Agrarpolitik hat aber immer so getan, als würde sie dagegen ankämpfen, dabei hat sie den Strukturwandel gezielt befördert. Sie musste aber vorgeben, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten, um damit gegenüber der Bevölkerung und den Steuerzahlern die Inanspruchnahme erheblicher finanzieller Mittel scheinbar zu rechtfertigen – das muss ja alles auch stimmungsmäßig abgesichert sein. Diese Inanspruchnahme durch die Politik und den Bauernverband kommt nun in den letzten Jahren zunehmend in die Diskussion, weil die Gesellschaft sagt: Moment mal, was hat das denn alles mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun: Massentierhaltung, industrielle Produktion, Gentechnik, Maismonokulturen. Dass das in die Diskussion kam, war und ist Aufgabe und Leistung der AbL in all den Jahren. Wir haben versucht, diese Ideologie zu durchbrechen, nicht ohne Erfolg. Und indem wir uns vom Bauernverband abgetrennt haben, ist auch deutlich geworden, dass der Bauernverband dem Trend der Rationalisierung, Industrialisierung und dem sogenannten Strukturwandel nicht nur folgt, sondern dass er das immer aktiver übernimmt und betreibt. Er nimmt die Interessenslagen des Kapitals: Banken, Chemie-Industrie, Investitionsgüter-Industrie, Milch- und Schlachtindustrie, die Milliarden an der Zerstörung der historisch gewachsenen bäuerlichen Landwirtschaft verdienen. Das alles ist für die andere Seite gesellschaftlich ziemlich in die Krise gekommen. Daran hat die AbL ihren Anteil.

Günter Völker: Das Bild der bäuerlichen Landwirtschaft hat sich in der gesellschaftlichen Betrachtung nicht besonders geändert, aber die Bewertungen driften sehr viel stärker auseinander als früher. Die bäuerliche Landwirtschaft wird stärker auch eine Art Projektionsfläche für gesellschaftliche Phantasien und Erwartungen – ein Sehnsuchtsland, in dem die „Landlust“ viele Leser findet. Auf der anderen Seite geht die Entwicklung sehr viel extremer in Richtung Agrarindustrie. Daran war nicht nur die Europäische Agrarpolitik

beteiligt, es sind auch durch den Fall der Mauer andere Bilder und Realitäten entstanden, wie Landwirtschaft sich gestaltet. Die Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft sind sehr viel extremer geworden und damit auch die gesellschaftlichen Bewertungen energischer oder polarisierender. Das erleichtert die Diskussion nicht unbedingt. Die AbL muss da schon Positionen suchen, die das eine – die Phantasiengebilde bäuerlicher Landwirtschaft – nicht übertreiben, und auf der anderen Seite das Wachstum in Größenordnungen, die sich jetzt abzeichnen, verhindern.

Bauernstimme: *Wie wird dieses Spannungsfeld in der jungen AbL wahrgenommen?*

Christine Weißenberg: Für die Einzelnen hängt das sicherlich von der jeweiligen Situation ab. Aber insgesamt nehmen wir schon wahr, dass von weiten Teilen der Gesellschaft der bäuerlichen Landwirtschaft mehr zugetraut wird als einer industrialisierten. Das gilt für den Umgang mit den Tieren, für den Erhalt der Böden, für eine Eiweißversorgung mit heimischem Leguminosenanbau, für ein Wirtschaften in regionalen Zusammenhängen und auch



Günter Völker, Mitbegründer der AbL, Sauerhalter in Ostwestfalen.

international für ein Wirtschaften und Handeln, das die Chancen und Existenzgrundlagen der ländlichen Bevölkerung auch in Entwicklungsländern nicht einschränkt, sondern achtet. Ich glaube, dass dieses Mehr an Zutrauen in die bäuerliche Landwirtschaft für viele von uns sehr wichtig ist, sowohl für die Entscheidung, eine berufliche

Perspektive in der Landwirtschaft zu suchen, als auch dafür, sich in der jungen AbL politisch zu engagieren.

Bauernstimme: *Bei vielen, auch bäuerlich strukturierten Betrieben kommen die gesellschaftlich diskutierten neuen Anforderungen bisher nicht als Rückendeckung an, sondern werden eher als Bedrohung empfunden. Wenn z.B. beim Schwein der Ringelschwanz dran bleiben muss, wird das Stallumbauten oder Neubauten brauchen. Das rechnet sich für die größeren Einheiten wieder eher als für die kleineren.*

Völker: Es ist sicherlich so, dass sich die kleineren Betriebe von solchen Anforderungen eher angegriffen fühlen als vielleicht die Großen. Es sind ja viele der heute Kleineren in diese bestehenden Haltungsformen hineingewachsen, indem sie in einem Generationenwechsel investiert haben, nachdem sie soviel gespart hatten, dass sie vielleicht mit 50 Prozent Eigenkapital bauen konnten. Und sie haben mit viel Eigenleistung gebaut. Da wird nun auch ein Stück Lebensleistung in Frage gestellt. Das macht es natürlich nicht einfach. Während in der wirklich großen Agrarindustrie Ställe mit nur 10 Prozent Eigenkapital gebaut werden und man sich da fast sagt: Was macht's schon, wenn andere Ställe gefragt sind, bauen wir eben die mit 10 Prozent Eigenkapital.

Graefe zu Baringdorf: Bisher war es so, dass mit jedem Rationalisierungsvorprung ein Rationalisierungsgewinn verbunden war. Der wurde den Betrieben zwar von der nachgelagerten Stufe durch Preissenkungen genommen, sobald der Rationalisierungsstand von einem bedeutenden Anteil der Erzeugung erreicht wurde. Aber erstmal gab es diesen Rationalisierungsgewinn, der durch nichts geschmälert war, weil das Produkt nach der Kostensenkung und mit der neuen Technik als genauso gut galt wie vorher. Da hatte die bäuerliche Landwirtschaft keine Chance. Das entsprach auch lange dem Zeitgeist und der philosophischen Illusion, dass alles, was Technik hervorbringen kann, grundsätzlich gut ist und angewendet werden sollte. Diese Sicht, auch der philosophische Unterbau, ist nun in die Krise gekommen.

In der Landwirtschaft heißt das: Die mit der zunehmenden Rationalisierung eintretende industrielle Produktion wird in ihren Auswirkungen gesell-

Fortsetzung von Seite 12 unten

schaftlich mehr und mehr hinterfragt. Ob der Ringelschwanz dran bleibt, ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu einem Symbol geworden. Die Ställe, die bisher einen vollen Rationalisierungsgewinn brachten, funktionieren aber nur ohne Ringelschwanz. Bei einer 40.000er Hähnchenanlage steht es nicht im Belieben der Betreiber, ob sie Antibiotika einsetzen oder nicht; sie müssen es tun, wenn sie den Bestand wirtschaftlich fahren wollen. Der Rationalisierungsgewinn, den die 40.000er Anlagen ja gerade bringen soll, ist weg, wenn mindestens der prophylaktische Einsatz von Antibiotika nicht mehr möglich ist oder der Einsatz auf die Einzeltierbehandlung beschränkt wird. Die zunehmend gesellschaftlich gestellten qualitativen Anforderungen an die Erzeugung schränken die Kostenvorteile der Rationalisierung ein. Damit wird die Struktur zu einer Frage der Qualität und umgekehrt.

Völker: Man soll die Innovationsfähigkeit der agrarindustriellen Landwirtschaft nicht unterschätzen. Bei der Kastration von Ferkeln, die auch ein zentraler Punkt in der öffentlichen Diskussion war, ist in der Landwirtschaft allseits die Erkenntnis gereift, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt Kastration ausgeschlossen wird. Damit kann die Landwirtschaft völlig problemlos umgehen. Einmal macht es ihr nichts aus, Eber zu mästen, und zweitens haben die Zuchtunternehmen festgestellt, dass es Eber gibt, die nur halb so stark riechen. Ein niedriger Ebergeruch wird also ein Zuchtmerkmal werden.

Eine ganz andere Konstellation ergibt sich, wenn die Schwänze nicht mehr kupiert werden. Das braucht sicherlich neue Haltungsformen. Ob das aber nur in kleineren Beständen mit Stroheinstreu eingelöst werden kann oder auch in Großbeständen, das ist noch eine offene Frage. Auch hier sucht man nach Wegen, wie man den Ferkelschwanz dran lassen kann, ohne an den Strukturen etwas zu ändern – das ist erklärtes Ziel der Politik und sicherlich auch der nachgelagerten Industrie.

Es ist also noch nicht ausgemacht, ob die Qualitätsfrage unbedingt auf bäuerliche Strukturen hinausläuft. Die Vorstellung der AbL von bäuerlicher Landwirtschaft war zwar immer schon stark auch auf die Qualität der Erzeugung bezogen, aber eben nicht nur. Für die AbL hat sich bäuerliche Landwirtschaft auch immer direkt in einer Strukturfrage ausgedrückt. Es ist schon Aufgabe der AbL, diese Strukturfrage heute auch in der Tierschutzdebatte aktiv einzubringen.

Graefe zu Baringdorf: Nichts kommt automatisch, die Arbeit der AbL bleibt notwendig. Natürlich könnte man sagen, der Kapitalismus ist unbegrenzt lernfähig, so dass auch die Sekundärqualitäten wie Tier- und Umweltschutz möglicherweise mit einbezogen werden. Es bleibt aber, dass damit der Rationalisierungsgewinn geschmälert wird und damit der Abstand zum Kostenniveau der bäuerlichen Betriebe. Wenn die bäuerlichen Betriebe sich dann noch für die Qualitäten der kleineren Einheiten höherpreisige Märkte schaffen, wie das viele unserer Betriebe schon gemacht haben mit regionalen Märkten, mit dem NEULAND-Programm, auch mit biologischer Wirtschaftsweise, dann wird der Unterschied und der Rationalisierungsdruck, der zum Zerstören von bäuerlichen Einheiten führt, noch weiter gemindert. Übrigens geht das Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes darauf



Henrik Maaß, Mitinitiator der Jungen AbL, Bauernsohn und Agrarstudent in Witzhausen

bisher nicht ein. Deshalb drängen wir – auch in unseren Gesprächen mit Verarbeitern – darauf, dass der Mehraufwand der Betriebe für mehr Tierschutz auch am Markt durch höhere Preise ausgeglichen werden muss, damit der Tierschutz eben nicht zu einer Bedrohung für die Betriebe wird, sondern als Leistung der Bauern honoriert wird. Ich stimme Günter zu, der Tierschutz legt die Industrialisierung nicht automatisch lahm. Wir müssen das schon mit gestalten. Daran wird aber auch deutlich, dass der Ansatz, bäuerliche Landwirtschaft nur zu erhalten oder zu verteidigen, nicht mehr ausreicht. Es ist unsere Aufgabe, sie aktiv zu gestalten. Dabei können wir uns ohnehin nicht nur auf Tierschutz konzentrieren. Bäuerlich

bedeutet weit mehr: Das ist Eigentum, das ist die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, das ist die Erhaltung der Umwelt insgesamt, das ist die Struktur der Landschaft und das ist nicht zuletzt die Qualität und Kultur der Arbeit.

Henrik Maaß: Für uns in der jungen AbL besteht dieses Gestalten auch darin, dass wir intensiv über die Perspektiven für bäuerliche Landwirtschaft und für bäuerliche Betriebe losgelöst vom Wachstumszwang diskutieren. Dabei versuchen wir ganz bewusst, die verschiedenen Blickwinkel offen anzusprechen und einzubeziehen, also die Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Umwelt, der Entwicklungspolitik, und das mit der Realität auf den Höfen zusammenzubringen. Das macht für uns auch gerade einen besonderen Wert der AbL aus, dass dieser offene Austausch möglich ist und auch geführt wird. Zum anderen gehören zum Gestalten für mich auch die Aktionen und Veranstaltungen, die wir organisieren und durchführen. Diese Arbeit zieht immer wieder neue Interessierte an, die ihre Kritik und ihre Ideen kreativ zum Ausdruck bringen wollen. Und zudem macht es auch noch Spaß und gibt die Möglichkeit, Gemeinsamkeit in den Zielen erlebbar zu machen.

Weißberg: Meine Erfahrung ist auch, dass es gerade Bäuerinnen und Bauern sind, die in den Regionen vielfach der Motor für Bewegung und Netzwerke sind. Sie spielen eine sehr wichtige Rolle, auch weil sie in der agrarpolitischen Diskussion Halt geben mit ihren Erfahrungen. Da hat die AbL eine besondere Bedeutung, weil sie aus meiner Sicht die einzige Organisation ist, die so einen Rahmen schaffen kann, wo Bauern und Bäuerinnen offen auch die schwierigen kritischen Themen ansprechen und Zweifel vorbringen können, ohne dass einerseits es zu einem Abblocken und Dichtmachen kommt, aber wo es andererseits auch nicht darum geht, jemanden zu verurteilen, sondern darum, die Beweggründe für bestimmte betriebliche Entwicklungen und Entscheidungen auch zu benennen und anzuerkennen. Dass dafür in der AbL eine Basis da ist, das finde ich ist das Unschlagbare an der AbL.

Völker: Dass die AbL den dringend notwendigen Dialog zwischen Landwirtschaft und der Gesamtgesellschaft in so besonderer Weise führen kann, liegt auch daran, dass die Werte, die die AbL in Bezug auf Landwirtschaft vermittelt, den Wertvorstellungen, die in



Christine Weißberg, aktiv in der Jungen AbL, seit September 2012 Redakteurin der Bauernstimme.

der Öffentlichkeit vorherrschen, sehr nahe kommen. Das macht es der AbL möglich, eher den Dialog zu führen als die andere organisierte Landwirtschaft, die früher als „grüne Front“ bezeichnet wurde und deren Aufgabe es war, gesellschaftliche, aber auch politische Anforderungen in geschlossener Front abzuwehren. Die AbL ist einfach dialogfähiger. Sie muss nur aufpassen, dass in diesem Dialog auch die Interessen der Landwirtschaft vertreten werden und idealistische Strömungen nicht noch bestärkt werden. Der Bauernhof ist kein Ponyhof.

Graefe zu Baringdorf: Die AbL wird nicht allein bestimmen können, wie „bäuerlich“ sich in Zukunft ausgestalten wird. Es ist auch nicht klar, wie bäuerliche Landwirtschaft in der praktischen Umsetzung genau aussehen wird. Aber die bäuerlichen Werte, die sich in der jeweiligen Zeit und im jeweiligen Raum in die Praxis übersetzen müssen, haben Bestand. Zwei Drittel der Menschheit werden heute noch aus klein-bäuerlicher Landwirtschaft ernährt. Wenn auch da die Industrialisierung erzwungen wird und wir uns im Bündnis mit den anderen gesellschaftlichen Kräften nicht durchsetzen, führt das sozial, ökologisch und auch ökonomisch in die Katastrophe. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Landwirtschaft der Zukunft bäuerlich organisiert sein wird, wenn die Menschheit über Generationen hinweg bestehen will.

Das Gespräch führte Ulrich Jasper

Aquila Capital und der Kampf ums Land

Die ARD-Reportage „Der Kampf ums Land“ stellte einen neuen deutschen Landgrab-Konzern vor – nämlich die Hamburg Firma Aquila Capital Concepts GmbH. Sympathien dürften die Finanzinvestoren und deren Vertreter Jesper Jensen dabei kaum gesammelt haben. Dynamisch-dilettantisch, wie der Agrarmanager und frühere Landmaschinenverkäufer bei seinen Besuchen auf neuseeländischen Konzern-Milchfarmen seine Farmmanager kontrollieren wollte. Kalt-arrogant, wie er beim Kauf eines rumänischen 18.000-Hektar-Ackerbaubetriebs die verdrängten Kleinbauern-Betriebe als „Auslaufmodell“ abklassifizierte. Großspurig-schwadronierend seine Ankündigung, dass man bei einem eventuellen Fallen der Getreidepreise dann eben mal schnell auf Weidewirtschaft umswitchen würde, um die überall angestrebte Produktions- und Wertsteigerung auf 120 % zu sichern. Aquila sucht derzeit Geldanleger für einen Agrarfonds, für den man mit „erfahrenen Agrarmanagern“ weltweit „strategische Allokationen aus Satelliten-Sicht“ sucht bis hin zum „Einzelfarm-Management“ – vor allem in Neuseeland, Osteuropa, Australien, Uruguay, Chile, USA und Kanada. Die ARD berichtete aber auch über ökologische Bedenken der Nachbarn in Neuseeland und über den Widerstand von bäuerlichen Organisationen in Rumänien. Und ebenso über die Verdrängung von ostdeutschen Bauern hierzulande durch Ackerbau- und Biogaskonzerne wie Hofreiter (KTG Agrar AG) oder den Möbel-Industriellen Steinhoff. *en*

Tierärzte fordern Bestandsbetreuung

Im Verlauf des Deutschen Tierärztetages sprach sich der Arbeitskreis „Der Tierarzt im gesundheitlichen Verbraucherschutz“ dafür aus, die Bestandsbetreuung bei Nutztieren gesetzlich festzulegen. Diese Maßnahme wurde als notwendig angesehen, um Tierkrankheiten zu vermeiden und die Notwendigkeit von Antibiotikaabgaben zu reduzieren. Die risikoorientierte Kontrolle in der amtlichen Lebensmittelüberwachung habe sich bewährt und sollte für den Tierhaltungsbereich angepasst werden. Zusätzlich wurde eine zentrale Datenbank mit allen relevanten Tiergesundheitsdaten gefordert, die nicht nur den Antibiotikaverbrauch erfasst, wie es in den Änderungsvorschlägen des Arzneimittelgesetzes vorgesehen ist. Zu einer grundlegenden Diskussion und Kritik zur wachstumsorientierten Entwicklung der Tierhaltung, eventuell systembedingten Problemen und der Rolle der Tierärzte ließ sich dieses Gremium anscheinend nicht hinreißen. *cw*

„Nutella Steuer“ in Frankreich

Mit deutlicher Mehrheit hat der Französische Senat der Erhöhung der Abgaben auf Palmöl zugestimmt. Die Änderung sieht vor, Palmöl, Palmkernöl und Kokosöl, welche in Lebensmitteln verarbeitet werden, wie z.B. im Haselnussaufstrich „Nutella“, mit einer Zusatzabgabe von 300 € pro Tonne zu besteuern. Ziel der Steuererhöhung soll der Einsatz von mehr ungesättigten Fettsäuren in den Lebensmitteln sein. Bei der Einführung der Steuer spielt auch eine Rolle, dass die Produktion von Palmöl in Übersee nicht selten mit umweltzerstörerischen Maßnahmen wie der Abholzung von Regenwald zur Anbauflächenausdehnung einhergeht. *jm*



Tiergesundheit ist von den Haltungsbedingungen abhängig.

Kurzes am Rande

Kritik von Innen

Tierärztliches Forum für verantwortbare Landwirtschaft gegründet

Bemerkenswert und nicht unähnlich der AbL: innerhalb festgefahrener Strukturen der Berufsvertretung und den alltäglichen wirtschaftlichen Realitäten bei der Arbeit finden sich Menschen zusammen, die kritisch nachfragen und Zweifel am eingeschlagenen Weg der Landwirtschaft, speziell der Tierhaltung haben. 58 Tierärztinnen und Tierärzte haben das „Tierärztliche Forum für verantwortbare Landwirtschaft“ gegründet. Sie wollen sich austauschen über die Nutztierhaltung in Deutschland – wie sie diese erleben und welche Probleme daraus entstehen. Und sie haben die Stimme erhoben und im Oktober ein gemeinsames Positionspapier als Basis ihres Selbstverständnisses öffentlich gemacht.

Deutliche Worte

Darin sehen sich die TierärztInnen als Teil des Systems mitverantwortlich für „erhebliche systembedingte Probleme“ und in einer Zwickmühle: fachlich gute Arbeit wirke zur Zeit als Stütze eines kranken Systems. Als Symptome für die „Krankheit“ der industriegetriebenen Landwirtschaft führen die Mitglieder des Forums fünf Punkte an: 1. Die Gefährdung natürlicher Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt durch Belastung mit chemischen Inputs aus der Landwirtschaft; 2. Entstehung antibiotikaresistenter Keime in der Tierhaltung und Rückstände in Lebens- und Futtermitteln; 3. Erhebliche Einschränkung des art eigenen Verhaltens bei Nutztieren und Anpassung an Haltungssysteme sowie Ökonomie durch Eingriffe oder Qualzucht auf Hochleistung – mit dem Erteilen von Ausnahmegenehmigungen als Regelfall; 4. Verdrängung regionaler Strukturen durch Konzentrationsprozesse und Schwächung des ländlichen

Raumes; 5. Verschärfung der Welthungersituation durch hohen Flächenverbrauch für Futtermittel und Schädigung lokaler Märkte in Entwicklungsländern durch Exporte zu Niedrigpreisen.

Teil des Systems

Hier wird aus Sicht der Veterinäre ein sehr breites Feld beschrieben, auf das sie selbst nur begrenzt Einfluss haben. Aber sie begreifen sich als Teil der Zusammenhänge. „Du kannst als Tierarzt nur so gut sein, wie die Haltungsbedingungen,

in denen Du arbeitest“, so der Großtierarzt Dr. Norbert Roers. Seine Kollegin Kristin Resch, zurzeit für die Hilfsorganisation „Tierärzte ohne Grenzen“ tätig, macht den bitteren Zwiespalt deutlich: „Es besteht eine große Spannung zwischen unserem Berufsethos als „Schützer der Tiere“ und dem wirtschaftlichen Bestehen“. Wenn Tiere unter ungünstigen Haltungsbedingungen erkranken, werden sie mit Medikamenten wie z.B. Antibiotika behandelt. Ursächliche Probleme aus der Haltung im Einzelfall anzusprechen und auf Änderungen zu drängen, ist schwierig, weil diese oft systembedingt sind. Verdient wird in der Nutztierpraxis heute mehr durch den Verkauf von Medikamenten als durch fachliche Leistungen und Beratungen. Es wird jedoch auch deutlich formuliert, dass die NutztierhalterInnen selbst in starken ökonomischen Zwängen gesehen werden, deren Abhängigkeit sich auf die Arbeit der TierärztInnen überträgt. Diese Erkenntnis, dass die „Freiräume für eigenverantwortliches Handeln“ stark eingeschränkt sind, ist für die Mitglieder des Forums nicht nur frustrierend, sondern auch Antrieb, auf die Missstände hinzuweisen und eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema Tierhaltung einzufordern.

Wer, wie, was?

Gefunden hat sich die Gruppe in den letzten zwei Jahren: Durch kritische Leserbriefe im deutschen Tierärzteblatt wurden Einzelpersonen aufeinander aufmerksam und der Bedarf für eine Plattform zum Austausch deutlich. Einige TierärztInnen brachten Erfahrungen aus früheren politischen Arbeitskreisen ein und im Juni 2012 fand ein Treffen statt, zu dem viele weitere Groß- und KleintierärztInnen sowie AmtsveterinärInnen hinzukamen und eine gemeinsame Position ausgearbeitet wurde. Deren Veröffentlichung sorgt nun für Aufmerksamkeit und erste neue Mitglieder. Erklärtes Ziel der TierärztInnen: Sie wollen zum einen innerhalb ihres Berufsstands aufrütteln und Diskussionen anstoßen, die die Mitverantwortung hervorheben und eigene Vorstellungen entwickeln. Zum Anderen möchten sie ihre Probleme und Zwiespälte offen nach außen tragen. Ansonsten bleibt eine Hauptaufgabe, sich intern zu organisieren, um sich einerseits als konstruktive Plattform zum kritischen Austausch zu etablieren und sich andererseits politisch Gehör zu verschaffen – auch in möglichen Bündnissen. *cw*

Bezug des Positionspapiers:
tieraerztliches-forum@gmx.de

Foto: Animal Health

„Wider den gläsernen Landwirt“

Bundestagsabgeordnete kommentieren Nachbaugebühren

Zurzeit prüft die Europäische Kommission eine Reform des EU-Sortenschutzrechts. Züchter fordern eine allgemeine Auskunftspflicht unabhängig von Anhaltspunkten zum Nachbauverhalten, um die Nachbaugebühren einfacher erheben zu können. Eine solche Regelung wäre jedoch Türöffner für Datensammlungen in großem Stile und der Anfang einer Abhängigkeitsspirale der Landwirte gegenüber den Züchtern. Der gläserne Landwirt würde insbesondere den großen Züchtungsunternehmen als Informationsquelle dienen und zur Datennutzung für den eigenen wirtschaftlichen Erfolg einladen. Jährliche Nachbaugebühren und Auskunftspflichten stellen nicht nur ureigenste Bauernprinzipien in Frage, sondern bergen das Risiko für Landwirte, sich den Züchtern offenbaren zu müssen. Es muss nach Lösungen gesucht werden, die den jeweiligen Interessen von Züchtern und Landwirten langfristig, unbürokratisch und ohne negative Begleiterscheinungen gerecht werden.“ Diesen Kommentar

hat der brandenburgische CDU-Bundestagsabgeordnete und Bauer Hans-Georg von der Marwitz in einer Presseerklärung veröffentlicht. Auch Lösungsansätze bleibt er darin nicht schuldig, verweist auf die Möglichkeit, die Z-Lizenzen zu erhöhen oder einen Fonds zu bilden, um eine „nachhaltige Pflanzenzüchtung“ zu unterstützen. Deutliche Worte von einem Politiker, besonders von einem aus den Reihen der CDU. Aber als Bauer ist ihm die Dimension der derzeitigen politischen Bestrebungen in Brüssel vielleicht stärker bewusst als manch anderem. Unterstützung für ihr Anliegen erhielt die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) jüngst auch von Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Linken und Mitglied im Agrarausschuss. „Aus Sicht der Bundestagsfraktion Die Linke ist der Nachbau ein moralisches Recht der Bäuerinnen und Bauern“, schreibt sie an die IGN und verweist ebenfalls auf die Suche nach alternativen Finanzierungs-

modellen. Bleibt zu hoffen, dass noch viele Kollegen der beiden Abgeordneten ähnlich in die Thematik einsteigen und entsprechend politisch handeln. cs



Weizenvielfalt im Zuchtgarten

Foto: Mueller

Den Saatgutmarkt entscheiden lassen

Die Reform des EU-Saatgutrechts droht die unternehmerische Vielfalt weiter einzuschränken

In Sonntagsreden wird von Politikern jeder Couleur gern die Wichtigkeit des Erhalts der Biodiversität, besonders der auf dem Acker, betont. Sie könnten jetzt konkret etwas dafür tun. Bei der Reform des EU-Saatgutrechts, das derzeit hinter verschlossenen Türen in Brüssel verhandelt wird, geht es genau darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Agrobiodiversität wieder stärken, indem sie eine Vielfalt in der landwirtschaftlichen Pflanzenzüchtung stärken. Genau das wird aber von einer starken Lobby bekämpft, maßgeblich von den mittelständischen Pflanzenzüchtungsunternehmen und ihrem europäischen Dachverband ESA (European Seed Association). Deren Antrieb ist egoistischer Marktprotektionismus. Seit die Pflanzenzüchtung vor fünf, sechs Jahrzehnten aus der Hand nebenbei selektierender Bauern und Bäuerinnen zu einem professionalisierten Gewerbe wurde, musste zwangsläufig auch der Aspekt einer Refinanzierung des Aufwands zur Erzeugung neuen Saatguts immer stärker ins Augenmerk rücken. So wurde das Instrument des Sortenschutzes eingeführt, allerdings anfangs bewusst lockerer gestrickt als das strengere Patentrecht. Es enthielt ein Züchter- und Landwirteprivileg, um unternehmerische Vielfalt zuzulassen. Seitdem aber arbeiten die wachsenden Unter-

nehmen der klassischen Züchterbranche erfolgreich daran, Verschärfungen in Richtung Patentrecht im Sortenschutz bei der Politik durchzusetzen. „Je größer die Strukturen der Unternehmen, umso größer der Druck, Einkommen zu generieren“, bringt es Ökozüchter Gebhard Rossmannith auf den Punkt.

Homogenitätsfalle

Mit der neuesten Reform drohen weitere Verschärfungen. So steht zu befürchten, dass die von den Erhaltungszüchtern zum Schutz alter Sorten und der genetischen Vielfalt geforderten Liberalisierungen im Saatgutverkehrsrecht, wo es um die Handelbarkeit von Saatgut geht, auf der Strecke bleiben. Initiativen wie Kokopelli, müssten weiterhin fürchten, verklagt zu werden, wenn sie mit alten Sorten handeln. Auch die Züchter, die sich um neue Sorten für den ökologischen Landbau bemühen, müssen nach den letzten Hinweisen aus Brüssel fürchten, dass ihre Anliegen dort nicht aufgenommen werden. Gebhard Rossmannith von der Bingenheimer Saatgut AG, einem der größten Aktreue in Deutschland besonders im Bereich von ökologischem Gemüsesaatgut, spricht von der „Homogenitätsfalle“, in der solche Unternehmen sitzen. Die inzwischen immer schärfer gewordenen Anforderun-

gen, die die Prüfinstitutionen an die Homogenität einer neuen Sorten stellen, können von Ökosorten kaum erfüllt werden. Gemessen an den Hochleistungshybriden, von denen es immer mehr im Markt gibt, die sich unter Umständen nur in Nuancen voneinander unterscheiden, scheitern samenfeste Sorten an den immer kleiner werdenden Fenstern, die der Zwang zu Neuheit und Homogenität in der Sortenzulassung mit sich bringt. Diese Sorten versagen am System und nicht an den Ansprüchen, die die Anbauer an sie stellen würden, und erreichen sie und den Markt damit gar nicht mehr. Hier könnte die neue Saatgutgesetzgebung Sonderregelungen schaffen, die Verantwortlichen wollen das aber offenbar nicht. „Für uns ist das ein Fiasko“, sagt Rossmannith. Auch der Ökoanbauverband Bioland hatte Vorschläge eingereicht: eine zweite Zulassungsschiene für samenfeste Sorten, den Erhalt des freien Nachbaus, ein liberaler Umgang mit alten Sorten. Nun kommt es darauf an, wie sich die EU-Parlamentarier verhalten, die die Kommissionsvorschläge im nächsten Frühjahr auf die Schreibtische bekommen sollen. „Wir hatten auf eine klarere Rechtslösung im Sinne der Biodiversität gehofft“, sagt Rossmannith, „damit der Markt entscheiden kann, was Qualität ist, und nicht die Saatgutindustrie.“ cs

Prächtig verdient

„Globale Anbieter verdienen prächtig“ – so überschreibt die *Agrar-Zeitung* einen Bericht über Umsätze und Erträge der Pestizid-Konzerne Syngenta, BASF, DuPont und Dow. Die hohen Agrarpreise zeigten Wirkung und führten zu höheren Intensitäten und mehr Nachfrage nach Pestiziden. en

Bio-Eier sind Tiemanns Eier

Pioniergeist und Unternehmertum haben Tiemann zum größten Bio-Eierproduzenten gemacht. Nicht ohne Folgen für die Branche

Wir treffen uns in Bollewick am südlichen Rand der Müritz, am südlichen Rand Mecklenburg-Vorpommerns. Der Naturlandverband hat zur Exkursion geladen: Geflügel- und Eierproduktion. Es geht zu den Betrieben von Heinrich Tiemann. Tiemann, das ist der mit den großen Bio-Ställen. 20.000 Legehennen in einem Stall. Der neben Verbands-Bio bei Naturland auch EU-Bio und konventionelle Freilandhaltung macht. Tiemann, da schwingt Nitrofen mit. Er war damals einer der Hauptbetroffenen. Eine Mitschuld konnte nicht

Futtergetreide: Weizen Triticale und Bohnen. Tiemanns Hühner machen daraus Eier. Der Mist kommt zurück zu den Bauern. „Und damit ist der Kreislauf geschlossen!“, stellt der Unternehmer Tiemann zufrieden fest. Und ergänzt, dass die Betriebe auf den schlechten Sandböden der Region eigentlich nur Roggen anbauen können. Durch den Geflügelmist könne man langsam Humus aufbauen, anspruchsvollere Pflanzen anbauen, Erträge steigern. Da schimmert eine Vision auf, von Nachhaltigkeit, Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, verantwortungsvollem

deres Kapitel. Glaubhaft berichtet er von seinen Versuchen, die Haltungsbedingungen und bzw. oder die Produktivität seiner Bio-Hennen zu verbessern. Eine besondere Einstreu bindet die Feuchtigkeit im Stall. Gasbetonsteine im Wintergarten dienen den Hühnern zum Schnabelwetzen. Das Futter wird mit effektiven Mikroorganismen versetzt. Das verbessert die Verdauung und wirkt sich positiv auf die Tiergesundheit aus. Der Mann ist motiviert. Er sucht nach Optimierung, auf jeder Ebene. Kosten Nutzen, Input Output. Das dürften die entscheidenden Größen im System Tiemann sein. Dennoch ist es nicht der schnelle Profit, der interessiert. Aber es ist immer auch der Gang bis an die Grenze des Zulässigen. In der Folge werden immer wieder auch Ställe aberkannt, können eigene Vorstellungen nicht umgesetzt werden, weil sie im Widerspruch zu den Verbandsrichtlinien stehen. Da das System Tiemann aber mehr ist als seine Naturlandschiene, ist auch dies zu verkraften. Wenn ein Altstall aufgrund zu geringer Auslaufgröße die geforderten 4 qm Fläche bis zu einer Entfernung von 150 Metern pro Huhn nicht hergibt, werden dort Eier nach der EU-Biorichtlinie erzeugt oder aber man erhöht die Belegungsdichte und produziert konventionell Freiland Eier. Neben der Eierproduktion mit eigener Elterntierherde, Brüterei und Junghenenaufzucht gibt es die Vermarktung über die Eiervermarktung Wiesengold Landei GmbH.

Konkurrenz gibt es nicht

Große Strukturen, gute Rationalisierungsmöglichkeiten, zentralisierter Einkauf großer Partien, gleichbleibende Futter- und Produktqualitäten. All das führt zu Wettbewerbsvorteilen gegenüber bäuerlichen Betrieben, wie sie zum Beispiel bei Bioland mit pro Betrieb max. zwei Ställen à 3.000 Tieren in autonomen Einheiten organisiert sind. Derzeit ist der Eierpreis hoch. Ein zusätzlicher Vorteil, denn EDEKA, neben Tegut einer der Hauptabnehmer, zahlt für Tiemann-Eier mehr als der Naturkostgroßhandel, auf den viele kleinere Betriebe angewiesen sind. Im Bereich Biogeflügelfleisch hat Tiemann mit Biofino als Partner einen Marktanteil von ca. 50 Prozent. Vor allem bei Abnehmern großer Mengen, wie dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH), werden Einzelerzeuger, aber auch gemeinschaftlich organisierte Betriebe schon aufgrund ihres begrenzten Angebots auf lange Sicht keine Chance am Markt

haben.

Bio in die Breite

Der Naturlandverband hat sich zur Aufgabe gemacht, Bioprodukte aus der Nische zu führen und einem größeren Kundenkreis zugänglich zu machen, so ist aus der Zentrale des Verbands in Gräfelfing zu hören. Und offenbar hat der Verband recht, wenn er Unternehmer wie Herrn Tiemann aufnimmt, denn die Nachfrage am Markt ist vorhanden. Auf die Frage nach der Machtverteilung zwischen Unternehmer und Verband reagiert der Presseverantwortliche Borzner selbstbewusst: „Naturland als gemeinnütziger Verein ist nicht von Herrn Tiemann abhängig.“ Was bleibt ist die schiere Größe des Unternehmens. Die Frage nach einer transparenten Warenflusskontrolle, der klaren Abgrenzung zwischen bio und konventionell im gleichen System, aber auch die Abhängigkeit von Kooperationsbetrieben und die finanzielle Überlegenheit. Am Ende des Vormittags sitzt man bei Bratkartoffeln und Spiegelei. Viele Fragen bleiben offen: Warum hat die Staatsanwaltschaft vor einigen



Genügend Platz im Angebot. Trotz gutem Wetter sind die Hennen lieber drinnen. Es könnte an der spärlichen Strukturierung des Auslauf liegen.

bewiesen werden. Tiemann steht aber auch für die Verbindung zur konventionellen Geflügelindustrie. So gehört seine Firma Wiesengold Landei GmbH & Co. KG zur Heidegold-Gruppe, einem der führenden Unternehmen der Eierbranche mit einem Jahresumsatz von über 100 Millionen Euro. Über die Beteiligung der Heidegold an der Deutschen Frühstücksei GmbH besteht eine direkte Verbindung zum Marktführer im konventionellen Eier-Bereich.

Gemütliche Runde

Zuerst jedoch sitzt man beim Kaffee zusammen. Heinrich Tiemann erzählt, wie er zur Geflügelhaltung kam, erzählt von seinen Erfahrungen mit Ämtern und Behörden, dem Handel und anderen Bauern. Vor allem aber berichtet er von seinem Produktionskonzept. Das ist von Arbeitsteilung geprägt. Auf der einen Seite gibt es die Ackerbauern, auf der anderen die Freilandhennen, Masthähnchen und Puten von Heinrich Tiemann. Die Geflügelproduktion ist auf viele Einzelunternehmen aufgeteilt, von über 200 spricht Tiemann. Verbunden sind beide Seiten durch Kooperationsverträge. Die Bauern liefern das

Umgang mit natürlichen Ressourcen. Dass die Kooperationsbetriebe bis zu 300 Kilometern entfernt liegen, kommt hier nicht zur Sprache.

Viele Hennen, keine Hähne

An dem Standort, den wir gezeigt bekommen, sind 24.000 Legehennen in zwei Ställen mit je vier Gruppen untergebracht. Das Wetter ist gut, die Sonne scheint, der Auslauf ist trocken. Etwa bis zur Hälfte der Auslauftiefe ist kein Aufwuchs mehr vorhanden. Erst im stallfernen Bereich wird es wieder grün. Die Mehrzahl der Hennen ist im Stall. Vielleicht aufgrund der Tageszeit, kurz vor Mittag. Vielleicht wegen der wenigen Strukturen im Auslauf: Ein paar einzeln stehende kleine Büsche und einige Schattendächer. Vor allem die an der Müritz beheimatete Seeadlerpopulation hat die Hennen, laut Tiemann, neben Fuchs, Dachs und Marderhund auf ihrem Speisezettel. Den Hühnern im Stall droht von dieser Seite am wenigsten Gefahr.

Auf der Suche

Von der Gesundheit der Herde hängt der Erfolg ab. Für Tiemann ein beson-



Heinrich Tiemann berichtet von den Futterrückstellproben. Auf die zulässigen 5% konventioneller Anteile wird er erst mit deren Verbot verzichten. Fotos: Nürnberger

Monaten bei Tiemann Akten beschlagnahmt? Wie schafft Naturland als Verband die Vertretung von bäuerlichen und industriellen Mitgliedern und ihren teilweise sehr unterschiedlichen Anforderungen? Eindeutig jedoch die Antwort auf die Frage, was ein System Tiemann mit der bäuerlichen Landwirtschaft macht. Es überrollt sie!

Denunziationsaufforderung

In Niedersachsen sollen Bäuerinnen und Bauern kritische Pastoren melden

Nicht nur Bäuerinnen, Bauern und Kirchenvertreter reagierten mit einer Welle der Kritik auf ein Fax des niedersächsischen „Landvolk“-Landesbauernverbands an seine Mitglieder. Darin fordert das Landvolk zur Meldung von „unsachlicher, teilweise harter Kritik“ an der „modernen Tierhaltung“ auf, die Pastoren und Pfarrer bei Erntedank-Gottesdiensten geäußert hätten. Bei einem Gespräch zu Jahresbeginn 2013 wolle man dies dann bei einem Treffen des Landvolk-Präsidiums mit Landesbischof Ralf Meister zur Sprache bringen. So eine Spitzel-Kampagne schade dem Ansehen der Landwirtschaft und führe den Bauernverband weiter ins gesellschaftliche Abseits, kommentierte Niedersachsens AbL-Sprecher Martin Schulz. Es sei ein Armutszeugnis, wenn Landvolk-Funktionäre sich offenbar nicht mehr zutrauten, diese Debatte um die gesellschaftlich höchst umstrittene Industrialisierung der Tierhaltung und um Agrarfabriken direkt vor Ort zu führen. Bereits im Februar hatte das Landvolk einen Mitarbeiter der katholischen Kirche wegen seiner Organisation des „Ökumenischen Kreuzwegs für die Schöpfung“ und dessen Aktion u.a. mit dem Landesbischof vor dem Mega-Schlachthof des Rothkötter-Konzerns in Wietze angegriffen.

Unangemessene Art und Weise

Dabei hatte der Predigttext zu Erntedank im 1. Timotheus, Kapitel 4, Vers 4 geradezu zur Kritik aufgefordert: „Denn alle Kreatur Gottes ist gut und nichts ist verwerflich, das mit Danksagung empfangen wird: denn es wurde geheiligt durch das Wort Gottes und Gebet.“ Eine Predigt hatte danach gefragt, ob man auch heute im Tischgebet wirklich noch für alles so danken könne und hatte von der Internetseite der Tierschutzorganisation Peta den kurzen Lebenslauf eines Masthuhns zitiert. Dies hatte das Landvolk als Aufhänger seines Ausspäh-Aufrufs genutzt. Aus der Kirche gab es deutliche Kritik. In einem offenen Brief hat der Vorsitzende des Hannoverschen Pfarrvereins (Pastorengewerkschaft Niedersachsens), Pastor Andreas Dreyer, den Präsidenten des niedersächsischen Landvolks, Werner Hilse, aufgefordert, sich für seine umstrittene Erntedank-Aktion öffentlich bei der Pfarrerschaft zu entschuldigen. Dreyer sieht darin einen Versuch der Einschüchterung und Beeinflussung. Natürlich könne auch über Predigten und andere öffentliche Äußerungen von PastorInnen offen diskutiert werden, „aber die Art und Weise, statt eines direkten Gesprächs vor Ort, Namen weiterzumelden und den Betroffenen keine Möglichkeit zur Reaktion zu geben, sehen wir nicht als zielführend, sondern als kontraproduktiv und vollkommen unangemessen an“. Auch Vertreter der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers bezeichneten die Landvolk-Aktion als „unglücklich“ und „überflüssig“

und betonten, dass die Kirche keine Interessenorganisation des Landvolks sei. Kritik auf Grundlage der christlichen Botschaft gehöre zur originären Aufgabe der Pastoren. Laut einer Sprecherin des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande der Landeskirche dürfe durchaus „bezweifelt werden, dass man in Großeinheiten und Großschlachtungen dem Tierwohl und den sozialen und umweltethischen Anforderungen gerecht werden“ könne. Jürgen von Wieren, Landbeauftragter der reformierten Kirche, verwies auf die traditionell engen Verbindungen der Kirche mit dem Landvolk, die aber angesichts einer agrarindustriellen Richtung von Landvolk-Teilen zu einem Umdenken der Kirche führe. Dies werfe ethische Fragen auf, die Kirche stehe für kleine bäuerliche Familien und gewachsene bäuerliche Strukturen“ ein.

Stimmungsbild

Die AbL und das Bürgerinitiativen-Landesnetzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ haben den Pastoren und Pfarrern mit einer Mailaktion an das Landvolk den Rücken gestärkt. Sie forderten den Landesbischof Meister auf, sich schützend vor die kirchlichen Mitarbeiter zu stellen und eine klare Entschuldigung des Landvolks zu verlangen. Er solle in jenem angekündigten Gespräch mit dem Landvolk-Präsidium nicht auf derart fragwürdig gesammelte Informationen eingehen und stattdessen in den Kirchenkreisen und -gemeinden einen breit angelegten Diskussionsprozess zum Thema „Artgerechte Haltung“ und „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ initiieren. Das Positionspapier der Synode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers mit ihren deutlichen Ausführungen zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sei dafür eine gute Grundlage. Die Pressevertreterin des Landvolks Gabi von der Brellie rudert angesichts der massiven Kritik bereits zurück. Man habe ja nur ein „Stimmungsbild“ einsammeln wollen. *en*



Wehrhaft gegen Bespitzelung Foto: Free/pixelio

Kurzes am Rande

Filterpflicht für Agrarfabriken

Die Bundesländer Niedersachsen und NRW wollen den Einbau von Filtern bei Tierhaltungsgroßanlagen oberhalb der Tierplatz-Schwellenwerte des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes (2.000 Schweinemastplätze, 750 Sauen) in neuen und alten Ställe vorschreiben. Bei großen Geflügelanlagen ab 40.000 Plätzen, für die es erst demnächst zertifizierte Filter für alle Maststufen geben wird, sollen demnach zunächst Keimschutzgutachten bzw. Mindestabstände zur Wohnbebauung (500 bzw. 1.000 Meter) vorgeschrieben werden. Die Genehmigungsbehörden sollen diese Auflagen in konkreten Fällen auch bei Tierplätzen von 1.500 Mastschweinen, 560 Sauen, 15.000 Legehennen, 15.000 Puten oder 30.000 Masthühnern einfordern können. Zuvor hatten bereits einige Landkreise ähnliche Vorgaben für agrarindustrielle Neubauten gemacht, nachdem Bürgerinitiativen und Umweltverbände und neuerdings auch Oberverwaltungsgerichte auf die Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch derartige Anlagen hinwiesen. Die AbL hat die Pläne zur Einführung einer Filter-Einbau-Pflicht gegen ungerechtfertigte Kritik der Agrarindustrie-Lobby in Schutz genommen. Die große Zahl der mittelständisch-bäuerlichen Schweinehalter sei von der Filterpflicht überhaupt nicht betroffen, betonte der niedersächsische AbL-Landesvorsitzende Martin Schulz. Die Filterpflicht für einige hundert Agrarfabriken, die aber wegen ihrer Expansion bereits 20 % der Schweine hielten, könne deshalb sogar für eine Verlangsamung der immer ruinöseren Überschussproduktion und deren Druck auf die Erzeugerpreise sorgen und so den allermeisten Landwirten nützen. *en*

Frankreich will Gentechnik neu bewerten

Der französische Landwirtschaftsminister Stéphane Le Foll will sich europaweit für neue einheitliche Kriterien zur Risikobewertung von Gentechnik einsetzen. Er erklärte, die Regierung werde in den EU-Institutionen auf „ein Wiederaurollen der europäischen Instrumente der Bewertung, Zulassung und Kontrolle von GVO und Pestiziden“ zu drängen. Nach den Debatten um die krebskranken Ratten durch Genmais bestehen aus Sicht der französischen Regierung Zweifel an der Sicherheit von Gentechnik-Pflanzen – und auch an der bisherigen Risikoprüfung durch die häufig kritisierte EU-Lebensmittelbehörde EFSA. Die deutsche Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner ließ über einen Sprecher mitteilen, dass sie ebenfalls für EU-einheitliche Bedingungen eintrete. *cs*

Keine Transparenz in Kalifornien

Im US-Bundesstaat Kalifornien ist die „Right to know“-Abstimmung zur Gentechnik-Kennzeichnung gescheitert. Auch weiterhin müssen Lebensmittel, die Gentechnik enthalten, nicht gekennzeichnet werden. 53 % der Menschen, die abstimmten, votierten gegen die erste Kennzeichnungspflicht in einem US-amerikanischen Bundesstaat. Noch kurz zuvor hatten Umfragen ein gegenteiliges Meinungsbild ergeben. Offenbar war eine 46 Mio. US-Dollar teure Kampagne verschiedener Unternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie erfolgreich. Monsanto, Dupont, BASF, Coca Cola, Nestle, Mars und Kraft Foods hatten unter anderem in Fernsehspots zur besten Sendezeit argumentiert, die Kosten für die Kennzeichnungspflicht müssten die Produkte für die Verbraucher verteuern und würden vollkommen unbedenkliche, seit Jahren in den Regalen liegende Lebensmittel stigmatisieren. Deutsche Bundestagsabgeordnete kritisierten, dass solche Abwehrmaßnahmen der Unternehmen gegen Transparenzinitiativen auch in Deutschland üblich wären. *cs*

Bioenergie auf Bürger angewiesen

Auch zukünftig werden sich die Energiewende und der damit verbundene Ausbau der Erneuerbaren Energien auf den ländlichen Raum konzentrieren. Darin waren sich die Referenten bei der Pressekonzferenz der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) in Frankfurt einig. So sind vor allem auf den landwirtschaftlichen Betrieben die Veränderungen zu erkennen. Bundesweit liefern heute 22.000 Windkraftträder, 7.000 Biogasanlagen und weit mehr als 1 Million Solaranlagen Strom. Zukünftig wird die Akzeptanz in der Bevölkerung, vor allem bei Wind- und Biomasseenergie, ein größeres Problem darstellen. So verwies Stefan Unterlandstätter von der Deutschen Kreditbank AG (DKB) auf die Notwendigkeit von Partnerschaften mit den Nachbarn und Beteiligungsmodellen für die Bürger als zukunftsfähiges Modell. Durch die EEG-Novelle sei es im letzten Jahr nur bei Biogas zu einem Einbruch gekommen, Solaranlagen, Windkraft und auch Wasserkraft sind weiterhin sehr interessante Geldanlagegeschäfte. *jm*

Der bäuerliche Weg als weltweites Netz

Internationale Zusammenarbeit im Rahmen von La Via Campesina

Öko und Welternährung

Umweltwissenschaftler um Verena Seufert von der kanadischen Universität Montreal haben laut Süddeutscher Zeitung das Argument in Frage gestellt, wonach der Ökolandbau wegen seiner geringeren Hektarerträge bzw. der dadurch höheren Flächen-Inanspruchnahme zur Welternährung untauglich sei. Nach Auswertung zahlreicher Studien bestätigte sich diese These beim Getreide, kaum aber bei Leguminosen, Sojabohnen, mehrjährigen Pflanzen und Obstbäumen. Insgesamt betrage der Ernterückstand bei optimaler Bewirtschaftung nur 13%. Der Ökolandbau könne deshalb einen wichtigen Beitrag zur Welternährung leisten. *en*

La Via Campesina (zu deutsch „der bäuerliche Weg“) ist, wie der Name schon erahnen lässt, eine Organisation, die bäuerliche Interessen und eine bäuerlich geprägte Landwirtschaft vertritt. Sie wurde 1993 von 46 Vertretern aus unterschiedlichen Teilen der Welt in Mons in Belgien gegründet. Beteiligt waren bestehende regionale Organisationen wie die Landlosenbewegung MST aus Südamerika und ASOCODE für Zentralamerika, die Karibik und Nordamerika, Regionen, in denen La Via Campesina auch heute noch besonders stark aufgestellt ist, sowie die Bauernbewegung der Philippinen (KMP) und die Europäische Landwirte Koordination (CPE) für Westeuropa. Mit heute rund 150 Mitgliedsorganisationen aus 70 Ländern ist La Via Campesina eine in weiten Teilen der Welt vertretene basisdemokratische Massenbewegung, die sich aus den rund 200 Millionen BäuerInnen, LandarbeiterInnen, Landfrauen, Landlosen, Landjugend und Indigenen aus den nationalen und regionalen Organisationen bildet. Daraus ergibt sich eine beeindruckende Vielfalt an Menschen, Kulturen, Sprachen und Formen der Landwirtschaft, die einmalig sein dürfte.

Ernährungssouveränität als Ziel

Trotz dieser Fülle von Unterschieden vereint alle diese Menschen eine grundlegende Idee, welche es zu verteidigen oder wieder zu erlangen gilt: Die Ernährungssouveränität. Dieser auf der Welternährungskonferenz 1996 im wesentlichen von La Via Campesina geprägte Begriff bezeichnet das Recht der agrar- und ernährungspolitischen Selbstbestimmung von Ländern, Regionen und Volksgruppen und ist als politisches Konzept zu verstehen. Er beschreibt einen Zustand, in dem Lebensmittel regional durch angepasste Formen der Land-

wirtschaft so produziert werden, dass einerseits die Versorgung der Bevölkerung vor Ort sicher gestellt ist und andererseits die natürlichen Ressourcen nicht ausgebeutet werden. Welche Auswirkungen der Verlust der Ernährungssouveränität und die damit verbundene Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten nach sich ziehen kann, haben die Food-Riots (Aufstände wegen Nahrungsmittelknappheit) in Mittel- und Südamerika und der Karibik in den Jahren 2007 und 2008 eindrucksvoll bewiesen. Natürlich steht dieses Modell dem einer globalisierten, durch industrielle Akteure geprägten Landwirtschaft diametral entgegen, was mächtige Gegenspieler auf den Plan ruft.

Vernetzte Arbeitsweise

Um diesen Paroli bieten zu können, müssen die Aktivitäten und die Arbeit, die in den Regionen von den Mitgliedsorganisationen geleistet wird, koordiniert und der Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen diesen gefördert werden. Dies geschieht durch das International Coordinating Committee (Internationales koordinierendes Komitee), kurz ICC, bestehend aus je einer Frau und einem Mann gewählt für jede der neun Regionen. In Europa ist dabei die Europäische Koordination von La Via Campesina, kurz ECVC, Ansprechpartner für die derzeit 27 europäischen Mitgliedsorganisationen, zu denen auch die AbL zählt. Unterstützt wird diese Arbeit durch das internationale Sekretariat, welches sich derzeit in Jakarta, Indonesien, befindet. Dieses ist auch mit der Organisation der alle vier Jahre stattfindenden Internationalen Konferenz von La Via Campesina betraut, von der die nächste vom 4. bis 14. Juni 2013 in Jakarta stattfinden wird. Dementsprechend sind die Vorberei-

tungen bereits in vollem Gange: Ende September fand zum Beispiel ein Treffen des ICC in Mexico City statt. Diesem vorweg ging ein Treffen der JugendvertreterInnen aus den Regionen.

Auf dem Programm stand der Erfahrungsaustausch und die Vorbereitungen für das internationale Jugendtreffen, welches im Rahmen der Internationalen Konferenz ebenfalls im Juni kommenden Jahres in Jakarta stattfinden wird. Dafür wurden Arbeitspakete geschnürt, die es nun in den Regionen zu erledigen gilt. Dabei zeigt sich, dass, so unterschiedlich die Bedingungen in den Regionen auch sein mögen, die Probleme überall dieselben sind: Landgrabbing bzw. der erschwerte Zugang zu Land, gerade für junge Menschen, die voranschreitende Globalisierung und der durch subventionierte Überproduktion getriebene Preisdruck, der lokale, bäuerliche Strukturen zerstört. Gefahren sind auch die zunehmende Kommerzialisierung und Patentierung von Pflanzen und Saatgut, die Ausbreitung der GVOs, aber auch die Veränderung des Weltklimas, was sich gerade in den ohnehin schon durch Dürren und große Armut geprägten trockenen Gebieten Afrikas, Latein- und Südamerikas besonders negativ auswirkt.

Stark im Bündnis

Der Einzelne steht diesen Problemen in der Regel machtlos gegenüber, doch in einem großem Bündnis, wie es La Via Campesina ist, kann sich Gehör verschafft werden: Es ist überaus beeindruckend, wenn mehrere 10.000 Menschen dem Aufruf der Organisation folgen und ganze Straßenzüge füllen, wie zum Beispiel beim „Global Action Day“ oder dem „March against the Multinationals“ anlässlich der Rio+20 Konferenz der UN im Juni diesen Jahres in Rio de Janeiro. Doch natürlich ist La Via Campesina nicht nur auf der Straße präsent, sondern auch dort, wo letztlich die Entscheidungen getroffen werden. Durch die breite Basis und die globalen Aktivitäten ist die Organisation weltweit anerkannt und wird von zahlreichen Regierungen und Parlamenten sowie wichtigen internationalen Organisationen wie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der UN gehört.

Wer nun Lust auf mehr bekommen hat, für den bieten zum Beispiel das vom ECVC organisierte Seminar zum Thema „Zugang zu Land“ Mitte Dezember oder das Jugendtraining im Februar in Budapest die Möglichkeit, sich weiter zu informieren oder aktiv einzubringen. Infos dazu gibt's entweder über die junge AbL (junge-abl@abl-ev.de); von mir, oder direkt bei Annelies Schorpion vom ECVC (a.schorpion@eurovia.org).

Alexander Heubuch, junge AbL



Bäuerliche Weggefährten in Rio

Foto: Heubuch

Heißbrand und Tierschutz

Brandzeichen bei Pferden: Ein politisches Lehrstück

Die Bundesverbraucherschutzministerin Frau Aigner wie auch manche Landesminister (z. B. Herr Backhaus/Mecklenburg; Frau Puttrich/Hessen) nutzen die Debatte um Brandzeichen für Pferde ja oder nein, um eine „tierschutzfreundliche“ Haltung zu demonstrieren. Würden sie mit diesen Forderungen an die Adressen der Massentierhaltung herantreten, so hätten sie mit ganz anderem Widerstand zu rechnen. Ein praktisches Einschreiten gegen die Massentierhaltung würde erfordern, dass das Verbraucherschutzministerium ihr eigenes vorrangiges Ziel – Lebensmittel sollen vor allem anderen so billig wie möglich sein – in Frage stellen müsste. Das aber passt so gar nicht zur Ausrichtung der deutschen Wirtschaft – einschließlich eines Teils der Agrarwirtschaft – auf Exportmärkte außerhalb der EU. Dazu sei zudem darauf hingewiesen, dass die Pferde die einzigen „Nutztiere“ sind, deren Lage sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark verbessert hat. Gravierende Tierschutzprobleme findet man woanders.

Wie geht Tierschutz

Höchst fraglich bleibt zudem, ob der Ersatz des „Schenkelbrandes“ durch das „Chippen“ wirklich eine Verbesserung ist? In einem Gutachten kamen die Professoren Aulich, Professoren für Veterinärmedizin an der tierärztlichen Hochschule Wien, zu dem Ergebnis: „Insgesamt unterschied sich die Verhaltensreaktion der Fohlen auf das Brennen und die Implantation des Mikrochips nicht. Sowohl das Brennen als auch das Chippen bewirkten eine vorübergehende Zunahme der Herzfrequenz und der Kortisolfreisetzung.“ Wenn der Deutsche Tierschutzbund die „schmerzhaft Manipulation an Tieren“ kritisiert, so gilt das bezüglich der Kennzeichnung der Pferde also gleichermaßen für Schenkelbrand wie für Chippen. Allerdings ist die „Summe der Schmerzen“ bzw. die „Summe an Stress“ beim Chippen auf jeden Fall größer als beim Schenkelbrand. Denn: den Schenkelbrand erhalten nur die Pferde und Fohlen, die einem Pferde- bzw. Ponyzuchtverband angehören – nur bei ihnen wird ein Brandzeichen gesetzt; die zahlreichen Tiere, die keinem Zuchtverband angehören, sowie die Pferde, die zur Rasse „Englisches Vollblut“ gehören, haben nie einen Schenkelbrand erhalten, müssen aber jetzt „gechipt“ werden. Die Vollblutzüchter machen sich seit Generationen die unverwechselbaren Kennzeichen der Pferde zu Nutze und notieren sie sehr genau in den entsprechenden Papieren: Farbe, Abzeichen, Größe, Narben, Alter, Wirbel im Fell. Über Jahrzehnte hat sich diese Methode bei der internationalen Vollblutzucht weltweit bewährt. Auch die Eigentümer von Pferden und Ponys, die keinem Zuchtverband angehören, müssen – vom Tierarzt – einen sol-

chen Pferdepass erstellen lassen. Grundlage ist der § 44 der Viehverkehrsordnung „Equidenpass“. Wenn es tatsächlich um Schutz von Pferden und Ponys vor vermeidbaren Schmerzen gehen würde, dann wäre diese (vorhandene) Praxis vollständig ausreichend. Für welche Zwecke auch immer, es wäre eine sichere individuelle Identifikation des einzelnen Tieres möglich.

Interessensabwägung

Welche Interessen bewegen nun eine Politik, die das Brandzeichen verbietet, das Chippen aber erzwingen will? Die Verbraucherschutzministerin kann so tun, als ob sie etwas für den Tierschutz täte. Zur gleichen Zeit aber wird bei allen anderen Nutztieren, außer bei Geflügel, eine in der Sache überflüssige und mit Schmerzen verbundene Kennzeichnung – Durchtrennen der Ohren, um „Ohrmarken“ zu befestigen – fortgesetzt. Auf jeden Fall neuen Umsatz haben die Hersteller der Chips und die der Lesegeräte; mit denen die Chips „abgefragt“ werden können. Im Hintergrund könnte für die Agrarpolitik das „eigentliche“ Motiv darin bestehen, mit Hilfe des „Chippens“ die Pferde in das umfassende Kontrollsystem, das über die Landwirtschaft gespannt worden ist („Cross Compliance“), einzubeziehen. Ein ähnliches Interesse könnte es bei den Berufsgenossenschaften geben, bei denen der Besitz von Pferden in landwirtschaftlichen Betrieben zu hohen Beitragszuschlägen führt. Auch den Kommunen, die die Einführung einer „Pferde- und Ponysteuern“ diskutieren wollen, käme eine Datenbank für „gechipte“ Pferde und Ponys gerade zu Pass.

Zusammengefasst

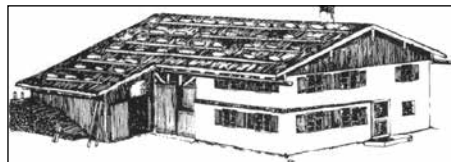
Nach diesen Überlegungen ist nicht die Verbesserung des Tierschutzes für Pferde der wirkliche Grund für das Verbot des Schenkelbrands, sondern: die Begründung eines neuen Marktes für Chips und Lesegeräte sowie die Erhöhung der Kontrolldichte gegenüber den Tierhaltern. Und: wie ist nun die Entscheidung des Bundeskabinetts von Anfang November zu bewerten, den Schenkelbrand (nun doch) nicht zu verbieten? Das Kabinett kommt den widerspenstigen Pferdezuchtverbänden entgegen. Das eigentliche Ziel – die Einbeziehung der Pferdebesitzer in das umfassende Kontrollsystem – ist erfolgreich durchgesetzt. Die Pferde müssen jetzt nicht eine, sondern zwei mit Schrecken und Ängsten verbundene „Kontrollmaßnahmen“ über sich ergehen lassen. Sie sind die großen Verlierer.

Die Züchter bzw. Pferdebesitzer müssen nicht weniger als drei „Erkennungsdienstliche Verfahren“ für das Pferd organisieren – und sie müssen dreimal bezahlen.

Onno Poppinga, Professor im Ruhestand

Ferien auf dem Bauernhof

An einem heißen Tag kurz vor den großen Schulferien im Sommer läutete inmitten schweißtreibender Geschäftigkeit das Telefon. Eine Freundin fragte, ob ich Interesse hätte an Ferien auf dem Bauernhof in der Großstadt. Eine Veranstaltungsfirma hätte in einem großen Einkaufszentrum in unserer schönen Landeshauptstadt einen Kinderbauernhof eingerichtet und suche dafür noch einen original Bauern, dem die zu bespaßenden Kinder alle Fragen zum Thema Bauernhof stellen könnten. Es gäbe dafür ein angemessenes Honorar plus Reisekosten und es hätte Eile, müsse die nächsten Tage schon zugesagt werden, weil der Auftritt schon zwei Wochen später erfolgen soll. Nach Bedenkzeit und



... aus Bayern

Rücksprache mit meiner Familie überwog immer mehr die Neugierde und es wuchs die Bereitschaft, mich auf glatte Parkett der Großstadt zu begeben. Klar, es handelte

sich um eine umsatzbegleitende Maßnahme eines Wirtschaftsunternehmens, aber waren es die unschuldigen Kinder nicht wert? Außerdem war ja der Bauernverband nicht im Spiel und ich konnte mich verkaufen, wie ich wollte. Ich sagte zu und die Freude beim Veranstalter war groß – Bauer gebucht, Punkt abgehakt, eine Sorge weniger. Tags darauf kam es auch noch schriftlich per Fax: Datum bestätigt, zweistündiger Auftritt in Gummistiefeln und Stallklamotten. „Die Kinder mögen das und sie sollen mich ja vom Geschäftsführer des Konsumtempels unterscheiden können“, wurde ich beruhigt. Den inneren Bauern brauchte ich nicht vorzubereiten, das habe ich immer drauf. Für das Äußere wurde der Overall frisch gewaschen und ein neues Paar Gummistiefel gekauft. Nicht dass noch Beschwerden aus der Parfümerieabteilung kommen, die alten Gummistiefel hatten schon einige Jahre Stalldienst hinter sich. Beim Lesen der Zeitung und beim Radiohören fiel mir auf, dass gerade besonders heftig über die Landwirtschaft und den Tierschutz diskutiert wurde. Was sage ich, wenn mich die Kinder fragen, ob die Kälbchen leiden, wenn sie enthornt werden? Oder ob sie trauern, wenn sie von den Müttern getrennt werden? Endlich war der Tag gekommen und ich packte noch eine Tüte Stroh, eine Tüte duftendes Heu und einen Maiskolben ein. Einen Maiskolben auf dem Höhepunkt der Diskussion über die Vermaischung der Landschaft? Ich werde den Kindern sagen, dass den Mais unsere Rindviecher sehr gerne fressen. Aber was, wenn die aufgeklärten Eltern lauter Veganer sind und mir erklären, dass die Maiskörner viel zu wertvoll für Wiederkäuermägen sind und man damit viel mehr hungernde Menschen ernähren könnte? Auf dem Weg in die Stadt höre ich im Autoradio wie bestellt noch eine aufgeregte Diskussion über die Qualen bei der Ferkelkastration. Hoffentlich hören „meine“ Kinder das nicht. Zur Beruhigung meiner Nerven habe ich meine Frau dabei. Wir machen uns auf den Weg in die Eingangshalle der riesigen Glaspalastanlage. Im Rucksack versteckt habe ich Stallgewand und Gummistiefel. Meine Frau ist so freundlich, die zwei malerischen Plastiktüten mit Heu und Stroh zu schleppen. Dann taucht die Leiterin des Kinderbauernhofprogramms mit ihren zwei Assistentinnen auf. Drei junge Frauen mit Latzhosen und bunten Kopftüchern als „Bäuerinnen“ verkleidet. Ich muss lachen und bin schlagartig erleichtert. Ich ziehe mich um und stehe schon auf der Bühne, wo sich die ersten Kinder bereits eingefunden haben und neugierig warten auf die versprochenen Attraktionen. Eine davon bin ich, aber nicht die interessanteste. Viel interessanter ist die Rutschbahn im hölzernen Bauernhaus, das Säen von Radieschen- und Kressesamen in Pflanztöpfchen und das Ausmalen von Zeichnungen von Kühen, Schafen und Schweinen. Von Zeit zu Zeit gibt es Fragerunden mit dem Ehrengast, dem Bauern. Die Kinder freuen sich und so unschuldig, wie sie selber sind, sehen sie auch mich. Sie sehen in mir den großen Freund und kommen gar nicht auf den Gedanken, dass ich meinen Lebensunterhalt mit Tierquälen, Ressourcenverschwendung und Brunnenvergiften verdienen könnte. Alles, was sie wissen wollen, kann ich ihnen ehrlich und mit gutem Gewissen beantworten. Der Kaffee, den ich mit meiner richtigen Bäuerin vor der Heimfahrt nach getaner Arbeit und mit eingesacktem Honorar trinke, schmeckt so richtig gut und endlich bin ich wieder ein bisschen stolz und dankbar, dass ich Bauer sein darf. Und die kleinen Kinder aus der großen Stadt haben mir sehr dabei geholfen.

Ein Bauer (55 Jahre) erzählt ...

Ab in die Berge mit Dr. Brumm!

Wie jeden Mittwoch geht Dr. Brumm wandern. Mit seinem Freund dem Dachs, Pottwal dem kleinen Goldfisch und zwei riesengroßen Rucksäcken. In den Bergen verlaufen sie sich, weil der Bär eine Weltkarte statt einer Landkarte eingesteckt hat. Als ein Gewitter aufzieht, kriechen die drei Freunde in eine entdeckungsreiche Höhle. Dort finden sie Marmelade, das entlaufene Schaf von Bauer Hackenpiep. Gemeinsam suchen sie den Weg zurück zur Herde. Als die Nacht hereinbricht und sie ihr Zelt aufschlagen wollen, müssen sie enttäuscht feststellen, dass Dr. Brumm weder Zelt und Schlafsack noch Essen und

Getränke eingepackt hat. Nach einer ungemütlichen Nacht im Freien warten noch weitere Überraschungen auf die drei Freunde, bis sie dann endlich bei Spaghetti und Schafsmilch auf ihre tolle Wanderung anstoßen können. Ein liebenswertes Kinderbuch mit sympathischen Zeichnungen und Humor für Kinder ab 4 Jahren. *mb*

Daniel Nepp: *Dr. Brumm geht wandern*, Thienemann Verlag 32 S., 12,95 €, ISBN 978-3-522-43728-8



Scherbengericht

Zwölf Menschen aus drei Generationen treffen sich in diesem Roman, um unter der Hoflinde eines patagonischen Bauernhofs an Silvester 1999 einen 90ten Geburtstag zu feiern: Familienangehörige und langjährige

Bekannte mit der Gemeinsamkeit, in der Folge des 2. Weltkriegs aus Österreich ausgewandert zu sein. Erzählt aus wechselnden Perspektiven werden nach und nach die Charaktere sowie ungelöste Familienprobleme und Schicksale aus der Auswanderungszeit genauso deutlich wie alte rassistische Vorurteile und verbindende Eigenschaften Einzelner, die die kleine, seltsam zusammengewürfelte Gemeinschaft zusammenhalten.

Der 74-jährige argentinische Autor Germán Kratochwil stammt selbst aus Österreich und zeichnet mit seinen Worten ein lebendiges und menschliches Bild – von Personen, die einem sympathisch werden, die zu Widerspruch herausfordern, die unangenehm sind, die nachdenklich machen.

Und ganz nebenbei wird auch die Geschichte von der Neugründung und Entwicklung eines vielfältigen und lebendigen Hofes Tiroler Art in Argentinien erzählt. *cw*

Scherbengericht – Germán Kratochwil, 2012, 2. Auflage, Picus Verlag Wien, ISBN 978-3-85452-682-7; 22,90 €



Milch - Vom Mythos zur Massenware

Seit über zwanzig Jahren forscht und schreibt Andrea Fink-Keßler über Milch, Milchqualität, Milchpolitik. Ihre Texte sind aus den politischen Kämpfen der AbL und der Milchbauern nicht wegzudenken. Die vielen verstreuten Arbeiten hat sie nun aktualisiert und vertieft. Mit dem Buch ist ihr ein großer Wurf gelungen. Wie ist die Milch zu dem Stoff geworden, den wir heute kennen? Das ist die Frage, die sie antreibt und über die faszinierende Geschichte der Milch von ihren Anfängen bis zur Gegenwart schreiben lässt. Ein großer Bogen wird hier geschlagen und trotzdem ist ein unterhaltsam zu lesendes Buch entstanden. Ganze Kapitel eignen sich zum Vorlesen an langen Winterabenden. Vergnügliches erfahren wir dabei über die „Milchhexen“, oder über Luthers Kampf gegen den Ablasshandel mit „Butterbriefen“. Unseren Blick in andere Welten öffnet ein anschaulicher Be-

richt über die Kamelmilch der Nomaden im Norden Kenias. Ein Schwerpunkt ist die spannend und verständlich geschriebene Geschichte der Milch als Massenware. Die Risiken der Industriegesellschaft zeigen sich hier zugespitzt. Verschwiegen wird nicht die Falle der Konventionalisierung, die heute auch die Biomilch bedroht. Obwohl der Titel es vielleicht nahe legt: Das Buch ist nicht nur kulturkritisch. Es geht nicht alles nur bergab. Denn die Milchgeschichte ist voller Widersprüche, Hoffnungen und Träume. Das Buch endet mit einem Ausblick auf die Milch der Zukunft, auf neue Wege, die heute schon begangen werden.

Götz Schmidt

Andrea Fink-Keßler: *Milch – Vom Mythos zur Massenware*. – München: oekom Verlag, 2012. 304 S. ISBN-13: 978-3-86581-311-4. Preis: 19,95 €.

Landraub

Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus. Über grenzenlose Gier und zynische Geschäfte mit dem Hunger: Während Saudi-Arabien feststellt, dass das Wasservorkommen im Boden eine endliche Ressource ist und der Weizenanbau im eigenen Land nicht ausreicht, um langfristig den Bedarf der Bevölkerung zu decken, bietet Äthiopien, hier ist der Staat alleiniger Grundbesitzer, sein Land auf dem Weltmarkt feil, zum Nachteil der eigenen Bevölkerung. Akribisch verfolgt der italienische Journalist Stefano Liberti die Spuren und spricht mit den zuständigen Behörden.

Es ist der große Wettlauf um fruchtbare Ackerflächen, auch und gerade in vielen Ländern auf der Südhalbkugel der Erde: Millionen Hektar Land werden in dubiosen Verträgen verpachtet, an ausländische Unternehmer, multinationale Konzerne

und Investmentfonds, um Lebensmittel oder Biotreibstoffe für die nördliche Erdhalbkugel herzustellen. Dieser „Landraub“ ist das neue Betätigungsfeld von Abenteurern und Geschäftsmännern, von Staaten, die die Versorgung ihrer Bürger mit Lebensmitteln sichern wollen, und von Finanziers, denen daran gelegen ist, ihre Profite zu vervielfachen.

Die Folgen sind bestürzend, denn gerade dort, wo verheerende Hungersnöte herrschen, können die Menschen selbst nichts mehr zur Linderung ihrer Not beitragen. Ein hochprofitables Geschäft, welches das Antlitz unseres Globus verändern wird. Ein spannendes Sachbuch zum Thema Landgrabbing.

ISBN 978-3-86789-155-4, Rotbuch-Verlag, 254 Seiten, 19,95 €



Hollywoodreife Neuseeland-Story

Auch wenn der typische Deutsche längst Aausgestorben ist, im Kopf der Neuseeländer lebt er weiter. Das Klischee verfolgt die Weltreporterin Anke Richter in ihrer neuen Heimat auf Schritt und Tritt. Anke Richters Realsatire „Was scheren mich die Schafe“ konfrontiert den Leser mit diesem und vielen weiteren Kulturschocks. Ihre selbst erlebte Neuseeland-Story hat die humorbegabte Autorin mit filmtauglichen Charakteren besetzt und mit hinterlistigem Wortwitz durchkomponiert. Selbst das Wohnzimmer-Flaschenlamm Millie hat das Potenzial für eine Hollywood-Komödie. Hier die Story in meiner Film-Vision: Die quirlige Journalistin Anke (Traumbesetzung: Julia Roberts) und der smarte Urologe Lukas (Hugh Grant) siedeln mit ihren Kindern nach Neuseeland aus. Ihrem neuseeländischen Freund Baxter (Brad Pitt) wollen sie beweisen, dass Deutsche nicht fies sein müssen. Doch es gibt einen lebenden Gegenbeweis: den pedantischen Öko-Bäcker Jörg (Jan Josef Liefers). Der bärbeißige Ossi ist meistens auf hundertachtzig und vertreibt mit seiner pathologisch schlechten Laune bald auch seine Frau Eva (Veronika Ferres). Eva beschließt, gemeinsam mit Anke in die Kultur der Ureinwohner Neuseelands einzutauchen und meldet sich für ein Seminar bei den Maori an. Dem charismatischen

Lehrer Haiki Waiomio (Gerard Dépardieu) liest Eva jedes Wort von den Lippen ab . . . Richtig in Fahrt kommt die Story, als Ankes schmieriger Ex-Kollege aus Kölner Boulevard-Zeiten, Dietmar Sägel (Tom Gerhardt) nach Neuseeland einfliegt. Anke soll ihm die heißesten Spots der Insel zeigen. Eine Gebirgs-expedition endet für Sägel und dessen hochhackige Begleitung mit der Rettung durch den Hubschrauber. Anke aber gibt nicht auf. Sie will endlich wissen: Darf ich deutsch sein und es sogar zeigen? Um die Antwort zu finden, muss sie erst ganz tief fallen . . .

Martin Nolte

Anke Richter: Was scheren mich die Schafe; KiWi-Paperback 1294; € 8,99. ISBN 978-3-462-04453-9



Kurzes am Rande

Geschenke aus dem Wollkorb

Wer gerne strickt und auf der Suche ist nach neuen Ideen für schöne und praktische Geschenke, bekommt durch dieses Buch auf übersichtliche Art vielfältige Anregungen. Gegliedert nach dem Zeitbedarf für die Anfertigung, werden jeweils sechs Anleitungen gegeben: Ist die Zeit knapp, lassen sich in weniger als zwei Stunden dekorative Kleinigkeiten anfertigen und mit etwas mehr Muße können Mützen, Schals oder Kinderkleider entstehen. Großflächige und anspruchsvollere Objekte wie bunte Decken oder eine feine Strickjacke nehmen dann schon mehr als acht Stunden in Anspruch. Sowohl geübte Anfänger als auch erfahrenere StrickerInnen können hier bestimmt fündig werden, allerdings sollten erstere definitiv mehr Zeit einplanen.

Es macht Spaß, in diesem Buch zu blättern und sich inspirieren zu lassen: fest eingebunden lebt es von den warmen, bunten Farben und den vielen liebevollen Bildern. Zum Schluss gibt es noch Anleitungen für besondere Kniffe und Ideen für pfiffige Verpackungen. cw

Geschenke aus dem Wollkorb – Schnell gestrickt für Groß und Klein, von Joelle Hoverson, 2012, Bassermann Inspiration, ISBN: 978-3-572-08055-7; 14,99 €

Hotel Nirgendwo

Ivana Bodrozic erzählt davon, wie Krieg zur Normalität wird. Ihr Debüt ist die Geschichte eines jungen Mädchens, das während des Krieges in Kroatien heranwächst, aber nie die Hoffnung verliert. Mit neun Jahren, 1991, muss sie aus Vukovar flüchten. Schon bald ist ihr Vater verschwunden, täglich hofft sie auf eine Nachricht von ihm. Im Lager schließt sie neue Freundschaften und erlebt das, was Pubertät ausmacht. Es sind nicht die Kriegsschrecken von Bombenhagel, Bunker oder Gefangenschaft, die in diesem Buch geschildert werden. Es ist auch nicht der für heutige Generationen inzwischen Geschichte gewordene 2. Weltkrieg, sondern die Erlebnisse von Jugendlichen in den 90er Jahren, als Flüchtling im eigenen Land, mitten in Europa, in Zeiten von Levis Jeans und Disco.

Das Buch ist ein großes Dokument der Selbstbehauptung, voller Witz und Leichtigkeit, ohne falsche Sentimentalität. Mit den Augen von Ivana Bodrozic betrachtet, erscheint die Realität des Krieges in einem neuen Licht.

ISBN 978-3-552-05561-2, Zsolnay Verlag, 220 Seiten, 18,90 €

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
22,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- €

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuausgabe)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Die beschädigte Kuh im Harnstoffwahnsinn



„Die Kuh auf Milchnahstoff von ±250 mg/l zu ernähren, ist die größte Katastrophe, die ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Wirtschaftlichkeit zerstört hat.“

69,95 €

Die Gesundheit und Wirtschaftlichkeit der Kuh wird bestimmt durch den Zustand ihrer Leber und Nieren, der wiederum abhängig ist von der Rohproteinversorgung. Die Nichtbeachtung dieser Zusammenhänge ist verantwortlich für die verkürzte Nutzungsdauer und verminderte Lebensleistung. Dieses Buch definiert die einzig mögliche Hilfe für die Kuh: permanente, konsequente, generationenübergreifende, nutritive Rohproteinreduktion mit der notwendigen funktionellen Hilfe durch Lebendhefe.

Richten Sie Ihre Bestellung an:

Agrar-Media Medien für die Landwirtschaft

Postfach 1213, D-33399 Verl

Tel: +49 (0)52 46-8 38 60-0 / Fax +49 (0)52 46-8 38 60-50

E-Mail: info@agrar-media.de

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €.

Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste.

Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de Anzeigenschluss für BS Januar 2013 ist am 17. Dezember 2012.

(Klein) Anzeigen**Hof und Arbeit**

● Wir bieten einem GärtnerIn Haus und Grund auf Biohof Nähe Augsburg zum Gemüsebau. ☎ 08257-8672

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Wir blasen Euch den Marsch !

**Keine Patente auf Pflanzen und Tiere!
Keine Gentechnik auf dem Acker,
im Futter und in Lebensmitteln!**

**Aufruf zur öffentlichen Demonstration
30. November 2012 in München**

*Auftakt: ab 11 Uhr am Odeonsplatz in München
Abschlussaktion: 13 Uhr vorm
Europäischen Patentamt in München (Erhardtstr. 27)*

Mit Trommeln, Pauken und Trompeten blasen wir der Gentechnik-Industrie den Marsch und demonstrieren gegen das Patent auf eine konventionell gezüchtete Tomate.

ViSDP: Georg Janßen, AbL


**GRUNDSTÜCKE FÜR
WINDENERGIEANLAGEN
GESUCHT !**

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Erkelenz, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de

**Stellenausschreibung**

Wir sind das führende Qualitätsfleischprogramm für Produkte aus besonders tiergerechter Haltung und suchen für unseren Standort in Berlin zum 01.02.2013 eine/n

**Kundenbetreuer/in in Voll- oder Teilzeit**

Eine Stellenbeschreibung finden Sie unter www.neuland-fleisch.de Bitte senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen und Gehaltsvorstellungen an: NEULAND e.V., Bundesgeschäftsstelle, Baumschulallee 15, 53115 Bonn


**Regionalgruppe
Bayern Oberland**

**Montag, den 28. Januar 2013
20 Uhr im Gasthaus Strobl in Oberhausen bei Weilheim**

Jahreshauptversammlung

Es finden Neuwahlen statt.

Als Referent kommt Georg Janßen,
AbL-Bundesgeschäftsführer

2. Körnerleguminosentag

28. November 2012, Haus Düsse Anbauseminar für Landwirte. Eine Veranstaltung des Projekts „Vom Acker in den Futtertrog“ der AbL NRW und der Landwirtschaftskammer NRW
Anmeldung: www.landwirtschaftskammer.de; Kontakt: Barbara.Herbers@lwk.nrw.de, Tel: 02945 989-142; dahlmann@abl-ev.de, ☎ 02381-9053170

„Mensch - Macht - Milch“

Fotoausstellung zu EU-Agrarpolitik und bäuerlicher Landwirtschaft in Nord und Süd.
noch bis 01. Dezember 2012, 27804 Berne
Zentrum Alte Molkerei, Weserstr. 30, 11 bis 18 Uhr
noch bis 20. Dezember 2012, Greifswald
Rathaus, 1. Etage, Mo-Do 8 bis 18, Fr 8 bis 15.30 Uhr
Infos bei: Berit Thomsen, ☎ 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de, www.abl-ev.de/themen

„MORE THAN HONEY“

ab 08. November 2012 im Kino Der Dokumentarfilm geht dem rätselhaften Bienensterben auf den Grund. Regisseur Markus Imhoof verfolgt ihr Schicksal von der eigenen Familienimkerei bis hin zu industrialisierten Honigfarmen und Bienenzüchtern.
Weitere Infos zum Film: www.morethanhoney.senator.de

Vielfalt

30. Nov. - 02. Dez., Witzenhausen
7. Symposium Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt
www.nutzpflanzenvielfalt.de, Kontakt: Susanne Gura, ☎ 0228 9480670, gura@dinse.net

Sicherung der Welternährung

30. Nov. - 02. Dez. 2012, Göttingen
Öffentliches Streitgespräch: Wer ernährt die Welt? mit Prof. Herren, Präsident Millennium-Institut

Washington, Vizevorsitz. des Weltagraberichts, und Prof. Tangermann, ehem. OECD-Direktor für Handel und Landwirtschaft, Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen.
Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos. Anmeldung: www.uni-goettingen.de/nachhaltigkeit, ☎ 0551 39 5381, www.vdw-ev.de, #T 030 212 340 56

Hofübergabe

01. Dezember 2012 Loccum
Tagesseminar mit dem Titel: Die Zukunft meines Betriebes: so gelingt die inner- und außerfamiliäre Hofübergabe. Mit Christian Vieth von www.hofgruender.de.
Anmeldung: tagungsbuero@bioland.de, Fax: 04262-9590-66

BIOGAS Intensiv

03. bis 07. Dezember 2012, Kirchberg/Jagst
Qualifizierungskurs für Anlagenbetreiber in fünf individuell buchbaren Modulen
Programm: www.biogas-intensiv.de, IBBK Fachgruppe Biogas GmbH, ☎ 07954 9262-03, Fax: -04, www.biogaszentrum.de

Sortenschutzgesetz

04. Dezember 2012, Mertesdorf (bei Trier)
Wie geht es weiter mit der Nachbauregelung beim Saatgut? Referent: Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL und der IG Nachbau.
20 Uhr, Hotel Weis, Mertesdorf (bei Trier). Veranstalter: Landwirtschaftliches Kasino Trier und Kreisbauern- und Winzerverband Trier-Saarburg

20. Witzenhäuser Konferenz

04. - 08. Dez. 2012, Witzenhäuser
Im Austausch mit Landwirten, Wissenschaftlern, Politikern und Interessierten wollen wir uns einen Überblick über das politische Spektrum verschaffen, Handlungsoptionen aufzeigen und ei-

nen Blick in die Zukunft werfen.
Anmeldung und Infos: www.konferenz-witzenhausen.de, konferenz@wiz.uni-kassel.de, FB Ökologische Agrarwissenschaften, ☎ 05542-5032173

Energiewende

12. / 13. Dez. 2012, Schwerte
Grenzen und Perspektiven der Biomassenutzung in Deutschland und NRW mit NRW-Minister Remmel; Prof. Braun, FH Soest; Prof. Jessel, Bundesamt für Naturschutz; uvm.
Ev. Akademie Villigst, ☎ 02304 755-325, Fax: -318, ulrike.pietsch@kircheundgesellschaft.de, www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

Glyphosat - tickende Zeitbombe

15. Dezember 2012, Hohebuch
Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und langfristige Folgen für die Umwelt werden mit Referent Prof. Hans Schenkel von der Landesanstalt für Landwirtschaftliche Chemie der Uni Hohenheim diskutiert.
Kursnr.: JP12267, HVH5 Hohebuch, s 0 79 42 107-0, Fax: -20, hvhs@hohebuch.de, www.hohebuch.de

Das Recht auf Nachbau

18. Dezember 2012, Kulmbach
Sortenschutz, Nachbau und der Umgang mit der Saatgut-Treuhandverwaltung. Referenten sind Rechtsanwalt Jens Beismann aus Hannover und Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL und der IG Nachbau.
20 Uhr im Gasthof Geuther, Blaicher Str. 52, in Kulmbach um. Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

Finanzcheck

14. Januar 2013, Schernberg
Finanzcheck im landwirtschaftlichen Unternehmen mit Referentin Isabella Hirsch, Ökonomische Verbraucherberaterin, LFB.
20 Uhr im Gasthaus Bergwirt Herrieden Schernberg, Veranstaltung der: AbL Franken

Friedrich Wilhelm, herzlichen Glückwunsch!

Auf Deiner Einladungskarte zum 70. Geburtstag am 29. November 2012 ist die Hoftür von Deinem Berninghof in Spenge abgebildet und es heißt: „100 Jahre Standort Berninghof, 1000 Jahre Geschichte greve to berninchorpe.“ Wie könntest Du deutlicher machen, wie lebenswichtig Dir Dein Hof, Dein Leben als Bauer ist, mit Herz und Leidenschaft, wenn es ans Säen, Ernten und Ackern geht. Nun zeichnet das ja eine Menge Bäuerinnen und Bauern aus. Wenn man darüber hinaus aber wie Du auch mit voller Energie die politische Interessenvertretung einer bäuerlichen Landwirtschaft betreibt, dann ist das etwas Besonderes. Ob in der Westfälisch-Lippischen Landjugend, im Europäischen Parlament und in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – ob auf Dorfveranstaltungen kreuz und quer durch das gesamte Bundesgebiet oder auf hochrangig besetzten Podien in Bonn, Berlin, Brüssel. Tausende von Zugkilometern in den letzten Jahrzehnten: Du steigst aus, zeigst Kante für die AbL, bezieht Position, denkst strategisch, taktisch, manchmal auch um wertvolle Ecken, die nicht alle gleich nachvollziehen können. Mit Deiner politischen Arbeit verschaffst Du Dir Freunde und auch ein paar Feinde. 16 Jahre, nicht einfach nur wertvolle Mitarbeit, sondern politisch Verantwortung wahrnehmen, sich selbst nicht schonen, sich nicht wegdrehen, wenn es ungemütlich wird. Das Gespür für politisch spannende und wichtige Fragen, Niederlagen wegstecken, wieder aufstehen und sich neu aufstellen, das verdient Respekt. Und dann immer auch noch aufmerksamer Zuhörer, wenn Freundinnen und Freunde, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dich um Rat und um ein persönliches Gespräch bitten. Vor zwei Jahren hast Du angekündigt, dass Du 2012 nicht mehr für den AbL-Bundesvorsitz kandidieren wirst. Du gehst jetzt nicht in den Ruhestand. Politisch aktiv bleiben, das wirst Du allemal und Du hast mehr Zeit für Henrike und für Deine Familie. Wahrscheinlich wird man Dich noch häufiger als schon die letzten Jahre telefonisch auf dem Trecker antreffen. Mein Tipp: Fahre nicht so schnell um die Kurven, bleibe vor allem gesund und munter und genieße die kommenden Jahre.

Georg Janßen, im Namen des AbL-Bundesvorstands und aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AbL und der Bauernstimme

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATTI

AGRARPOLITIK GEHT ALLE AN!

DEMO
19. JAN. 2013
11 UHR
BERLIN HBF.

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; Abl-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel, bagrei@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;
 Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
 Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Harald hört auf

Unsere örtliche Raiffeisenbank leistet sich noch den Luxus, bei uns im Dorf ihre kleine Filiale in Form eines Büros am „Düngerschuppen“ einen Tag pro Woche zu öffnen. Hier trifft man die Kollegen, und so kam ich neulich auch mit Harald ins Gespräch. „Ich sag’s dir als erstem“, fing er an, „damit du dich nicht über meine BDM-Kündigung wunderst.“ Ich war geschockt. Ich kannte Harald seit vielen Jahren, wir waren zusammen zur Fachschule gegangen. Zwischendurch hatte er lange außerhalb der Landwirtschaft gearbeitet, sich dann aber vor sechs Jahren entschieden, den Betrieb von seinem Vater zu übernehmen. Seitdem war er auch im BDM – für ihn eine Selbstverständlichkeit. „Ich war doch als Arbeiter auch in der Gewerkschaft!“, war seine Begründung. Ich hatte mich immer gern mit ihm unterhalten, er konnte die Dinge mit seinem trockenen Humor so schön auf den Punkt bringen. „Irgendwas ist faul in der Milchwirtschaft“, sagte er mal, „ich habe gerade den Gebrauchtwagen von unserem Milchwagenfahrer gekauft, obwohl doch ich der Unternehmer bin und er mein Angestellter!“. Ob Versammlungen, Treckerdemos in der Region, Lieferstreik 2008, Milchsprühaktion 2009 – immer war er selbstverständlich dabei, zuletzt bei der Demo vor der DMK-Zentrale in Zeven. Und jetzt Austritt? Die Erklärung folgte schnell: „Zum 1. Januar höre ich auf“, Harald sagte das ganz ruhig, aber entschlossen. Man merkte, er hatte diese Entscheidung reiflich überlegt. „Anfang des Jahres hatte ich meine

Verluste von 2009 gerade wieder ausgeglichen“, fuhr er fort, „aber jetzt stehe ich auf dem laufenden Konto wieder total im Minus und warte sehnsüchtig auf das Geld aus Brüssel! Ich will nicht so lange weitermachen, bis ich den Betrieb aufgezehrt habe. Ich arbeite hier den ganzen Tag, meine Eltern helfen mit, soweit sie noch können, und meine Frau ist, wenn sie von der Arbeit kommt, auch noch im Einsatz. So arbeiten wir mit vier Mann und kriegen im Moment die Entlohnung eines 400-Euro-Jobs! So geht’s nicht weiter. Jetzt kann ich noch was anderes finden, geh’ ich eben als Betriebshelfer. Und das Land kann ich gut verpachten. Die Biogasbetreiber und die Kollegen, die

große Ställe gebaut haben, können ja jetzt bieten!“. Damit verabschiedete er sich. Nachdenklich blieb ich zurück. Haralds Gründe waren nachvollziehbar, ich konnte nichts dagegen sagen. Seit dem Lieferstreik 2008 war er von den 25 Milchbauern im Dorf der sechste, der aufgab. Ein Viertel in vier Jahren! Alle in den besten Jahren, zwischen Ende 30 und Mitte 50. Bis zur Rente, wie noch vor fünf Jahren, führte keiner den Betrieb mehr weiter, so hatte sich der Strukturwandel verschärft. Alle hatten Familienbetriebe mit 40 bis 70 Kühen bewirtschaftet, bei allen hatte die Familie seit Jahrzehnten vom Hof leben können. Genau die Höfe, für die ich mich als Kreisteamleiter stark machen wollte, brachen weg, einer nach dem anderen, während wir als BDMler diskutierten, demonstrierten, mit Politikern sprachen, Öffentlichkeit und Presse von unserer Sache zu überzeugen versuchten – und das alles gar nicht so erfolglos, wie ich fand. Aber was half es, wenn zum Schluss keiner mehr übrig blieb, der von unseren Erfolgen profitieren konnte, außer der Handvoll Wachstumsbetriebe, die in den letzten Jahren ihre neuen Ställe mit AFP-Mitteln gebaut hatten und jetzt den Kampf um Haralds Land aufnehmen würden? Wie viel Zeit blieb uns noch? Und lohnte der Einsatz überhaupt? Und wann würde auch ich vor der Entscheidung stehen, die Harald gerade getroffen hatte? Mit diesen unbeantworteten Fragen im Kopf machte ich mich auf den Heimweg.

Ottmar Ilchmann
 Milchbauer aus Ostfriesland



Foto: Hauk

unabhängige bauernstimme: nachdenklich, nicht sentimental

12/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221